

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagschrift: Tagesblatt wiesla.
Genuss Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkonton: Dresden 1538
Zirkel Nr. 52.

Nr. 48.

Dienstag, 26. Februar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat Februar 1924 2 Mark 50 Pf., einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Abigen wird nicht übernommen. Preis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Mellemzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Text 50%, Kufisch, sehr Leicht. Bemerkung: Die Zeilen sind 10 mm lang. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unabweisbarer Störungen des Verkehrs der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsstellen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Ausnahmezustand.

Am Montag vormittag haben in Berlin zwischen dem Reichspräsidenten, dem Reichswahrminister, dem Chef der Heeresverwaltung und dem Reichsminister des Innern sowie dem sächsischen Ministerpräsidenten und dem sächsischen Minister des Innern entscheidende Beratungen darüber stattgefunden, ob der Ausnahmezustand, dessen Aufhebung zum 1. März nach Antrag des Generalis Seest von Reichspräsidenten verfügt worden ist, für einige Teile Deutschlands, insbesondere für Sachsen ganz oder teilweise in Kraft bleiben soll. Bekanntlich hat der Reichspräsident Dr. Stresemann in seiner Dresdener Rede sich dahin geäußert, daß die Regierung gar nicht daran denke, den Ausnahmezustand ein für allemal und allgemein aufzuheben, sondern ihn dort bestehen lassen werde, wenn auch in anderer Form, wo es die Unsicherheit der Zustände oder die Agitation des Auslandes erforderlich erscheinen lassen werde. Es ist offenes Geheimnis, daß die Reichsregierung von der plötzlichen Aufhebung des Ausnahmezustandes und insbesondere von dem Tode des Generalis Seest an Ebert überrascht worden ist. Sie dachte an einen Abzug oder eine Umänderung, aber nicht an eine plötzliche Totalaufhebung. Der Chef der Heeresverwaltung ist zu seinem Schritte wohl durch die Ermüdung veranlaßt worden, daß eine längere Dauer des Ausnahmezustandes den Interessen der Reichswehr schade, da sie von der Kritik der Presse hart getroffen war und Gefahr lief, in den Parteistreit gerast zu werden. Dem General Seest aber liegt alles daran, die Reichswehr unpolitisch zu erhalten und sie als Waffe des Reiches und der Reichsregierung dem Tageskampfe zu entziehen. Vielleicht haben ihn auch verschiedene Besprechungen mit dem Reichspräsidenten, der ihm die Klagen seiner Partei übermittelte, zu seinem Schritte veranlaßt. Die Aufhebung des Belagerungszustandes ist zwar von der Sozialdemokratie begrüßt worden, in den bürgerlichen Parteien aber, namentlich in denen Sachsens, erhob sich ein heftiger Widerstand, da man eine Wiederkehr der alten Zustände befürchtete, in denen die Kommunisten ihr Terrorregiment aufstellten und die Industrie in einzelnen Randstellen fast lahmlegten. Zudem mußte man, daß von Wostow aus neue Befehle und neues Geld zur Erregung von Unruhen in der kommunistischen Zentrale eingetroffen waren. Von der sächsischen Regierung wurde behauptet, daß die Zustände sich geändert und die neue sozialdemokratische Regierung Feld ganz anders wie die Regierung Feigler gegen alle Unruhen einrichten werde und mit der Bundespolizei sehr wohl im Reine sei, die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. In Bayern hat bekanntlich die Regierung die Fortdauer des Belagerungszustandes beschlossen, jedoch die Besetzung des Reichspräsidenten bereits durchlöchert ist. Auch aus Hamburg und Mecklenburg kommen beunruhigende Meldungen und es folgt aus dem Westen, die eine Nachprüfung der Aufhebung erforderlich erscheinen lassen. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen. Auf alle Fälle aber mußte man sich gegen eine Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in einen zivilen aussprechen, da ein solcher alle Macht in die Hände der Länder geben würde und die Reichsregierung in der Praxis fast auslöschen müßte. Zudem würden die Klagen über zu scharfe Anwendung der Ausnahmeverfügungen oder über einzelne Mißgriffe beim zivilen Ausnahmezustand genau so erhoben werden, wie beim militärischen. Der Ausnahmezustand ist eine Notmaßregel, die auf jeden Fall einzelne private Interessen schädigt, aber um der allgemeinen Sicherheit willen ertragen werden muß.

Die unbeschränkte Aufhebung des Ausnahmezustandes.
Unterem Berliner Vertreter wird von zuverlässiger Seite folgende Information gegeben: Die Aufhebung des Ausnahmezustandes am 1. März wird ohne jede Einschränkung erfolgen. Die in politischen Kreisen verbreiteten Gerüchte, wonach es sich nur um eine Milderung des Ausnahmezustandes handeln solle, sind unzutreffend. Die Reichsregierung hat jedoch die Notfortschrittler, insbesondere den Reichsminister des Innern, angewiesen, bei der Ausarbeitung gesetzlicher Maßnahmen zur Sicherung der öffentlichen Ordnung besonders die umhüllendsten Umtriebe ins Auge zu fassen. Im Zusammenhang hiermit wird heute erklärt, daß eine Aufhebung des Verbots der links- und rechtsradikalen Parteien zur Zeit noch nicht erfolgen soll. Die Hinabschiebung der Aufhebung dieser Parteiverbote steht im engen Zusammenhang mit der Propaganda dieser Parteien, die von den maßgebenden amtlichen Stellen immer noch als staatsfeindlich bezeichnet wird.

Der Ludendorff-Hilfer-Prozess.

Seit Beginn der Verhandlungen.

Wie aus München berichtet wird, dürfte die Verhandlung des Ludendorff-Hilfer-Prozesses wenig Sensationelles bringen. In öffentlichen Kreisen sollen nämlich nur die der Öffentlichkeit längst bekannten Vorgänge im Hofbräuhaus erörtert werden, die von den Angeklagten nicht bestritten werden. Die Verhandlungen über die Vorgeschiede des Putzsch und über die Rolle, die die verschiedenen Richtungen der völkischen Bewegung dabei gespielt haben, sollen dagegen unter strengstem Ausschluss der Öffentlichkeit, auch der Presse, geführt werden.

Wegen den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und Redakteur der „Münchener Volk“ Erhard Kuer ist Anklage wegen Verstoßes gegen den § 129 des Strafgesetzbuches erhoben worden. Danach wird mit Gefängnis bestraft, wer es unternimmt, von der Vorbereitung zum Verbrechen des Landesverrats, des Hochverrats rechtmäßig Kenntnis zu geben, wenn ihm diese Vorbereitungen bekannt geworden sind. Erhard Kuer wird vorgeworfen, er habe von den Vorbereitungen des Ludendorff-Hilfer-Prozesses Kenntnis gehabt, diese Kenntnisse nicht rechtzeitig unterrichtet,

Die Münchener Polizei ist für die Dauer des Hilfer-Prozesses durch auswärtige Mannschaften der Bundespolizei verstärkt worden.

Die Verhandlungen im Hilfer-Prozess werden jeweils von 8.30 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags und von 3 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends durchgeführt werden. Zu dem Prozeß hatten sich 300 Pressevertreter angemeldet, 50 wurden zugelassen. Besonders zahlreich waren auch die Anmeldungen der Auslandspresse. Weiter nachmittags wurden die Zugänge zum Gerichtsgelände vollkommen abgeperrt.

Die Angeklagten im Hilfer-Prozess sind, soweit sie bisher in Landsberg, 2 im Gefängnis in Untersuchungsgefängnis waren, gestern nach München gebracht worden. Sie werden während der Dauer des Prozesses in besonderen Räumen der Infanterieschule, in der sich der Prozeß abspielt, untergebracht.

Die Anklageschrift.

umfaßt 40 Seiten. Als Angeklagte sind aufgeführt: 1. Adolf Hilfer, Schriftsteller; 2. General a. D. Ludendorff; 3. Oberlandesgerichtsrat Pöhner; 4. Oberamtmann bei der Münchener Polizeidirektion Fied; 5. Licentiat Dr. Weber; 6. Hauptmann a. D. Böhm; 7. Oberleutnant a. D. und Studierender der Staatswissenschaften Bräuner; 8. Leutnant Bräuner; 9. Oberleutnant a. D. Kriebel; 10. Oberleutnant a. D. und Bankbeamter Vernet, sämtlich mit Ausnahme Ludendorffs in Untersuchungsgefängnis. In der Anklageschrift wird einleitend eine längere Schilderung der Vorgänge im Hofbräuhaus am Abend des 8. November vorigen Jahres gegeben, die, soweit sie sich im Saale selbst abspielte, allgemein bekannt sind. Die Anklageschrift befaßt sich weiter mit der zweiten Anklage Ludendorff im Saal des Hofbräuhauses und mit dem Eintritte Ludendorffs.

Der zweite Hauptabschnitt der Anklageschrift befaßt sich mit den Bemühungen Raab, Pöhlmann und Seiffers, den Kampfbund von einer Aktion fernzuhalten. Es wären nämlich dem Generalstaatskommissariat Inhaltsauszüge bekannt geworden, daß schon in einer am 20. 10. in München abgehaltenen Besprechung der Führer der Nationalistischen Sturmabteilungen Bayerns von einer gewalttätigen Errichtung einer Reichsdiktatur Ludendorff in Bayern gesprochen wurde und daß von Bayern aus die beabsichtigte Offensive gegen Berlin erfolgen solle. Dabei wurde auch mit dem Namen Raab, Pöhlmann und Seiffers Mißbrauch getrieben. Außerdem hatte das Generalstaatskommissariat vor dem 6. 11. ein Flugblatt mit der gefälschten Unterschrift des Generalis v. Pöhlmann gefunden, das einen gefährlichen Aufruf Pöhlmann an die Reichswehr enthielt und ebenfalls zum Vormarsch auf Berlin aufforderte.

Der dritte Abschnitt der Anklageschrift befaßt sich mit der Aktion selbst und mit den an ihr beteiligten Verbänden. Es waren dies: die nationalsozialistische Sturmabteilung unter Führung Hilfers und des Hauptmanns a. D. Göhring, der Bund Oberland unter Führung Dr. Webers und des Generalis a. D. Richter, die Reichswehrbrigade unter Führung des Hauptmanns Böhm und des Hauptmanns a. D. Seidel. In einer geheimen Besprechung am 7. 11. wurde die gewalttätige Aktion beschlossen, und zwar nach dem Plane Hilfers. In der Anklageschrift wird dann bis ins kleinste die genaue detaillierte Beteiligung der einzelnen Verbände angeführt. Darauf geht hervor, daß in ganz Bayern Geheimdelele zur Mobilisation und zum Marsch nach Berlin ausgesendet wurden. Neu ist, was über die Infanterieschule im Zusammenhang mit dem Putzsch in der Anklageschrift gesagt wird. Der Kampfplan verläuft seit längerer Zeit, Einfluß auf die Angehörigen der Infanterieschule zu gewinnen, besonders Oberleutnant Köhler war seit Anfang Oktober 1923 mit Erfolg bemüht, die jüngeren Offiziere für die völkische Erhebung im Sinne der Hilferischen Ideen zu begeistern.

In den letzten Abschnitten befaßt sich die Anklageschrift mit der besonderen Schuldfrage der einzelnen Angeklagten.

Adolf Hilfer ist die Seele des ganzen Unternehmens bezeichnet, denn er habe den Plan an dem Unternehmen entworfen, sich bei der Ausführung an die Spitze gesetzt, den Sturz der Regierung im Reiche und in Bayern erklärt, immer neue Kremler verteilt und für sich selbst die oberste Leitung der Reichswehr allein in Anspruch genommen. Er sei bemüht gewesen, das Unternehmen zu festigen und zu erweitern und es auch dann noch fortzuführen, als ihm die völlige Ausschließlichkeit vollkommen klar sein mußte.

Bei General Ludendorff sei die Annahme begründet, daß er über das für den 8. 11. geplante Unternehmen schon vorher genau unterrichtet war, von der gewalttätigen verfassungswidrigen Art des einseitigen Unternehmens habe er sicher spätestens am Abend des 8. 11. Kenntnis erhalten, als er mit Kraftwagen abgeholt und zum Hofbräuhaus gebracht wurde. Er sei auch logisch auf die Seite des Unternehmens getreten und habe sich als Führer der neu zu bildenden Nationalarmee betätigt.

Schließlich heißt die Anklageschrift, daß die Beschuldigten, acht auf bemannete Machtmittel, im bewußten Zusammenwirken es unternommen haben, die bayerische Regierung und die Reichsregierung gewalttätig zu besitzeln, die Verfassung des Deutschen Reiches und Bayerns gewalttätig zu ändern und eine verfassungswidrige Regierungsgewalt in Bayern und im Reiche aufzurichten, und daher die sämtlichen Angeklagten des Hochverrats zu beschuldigen seien.

Albert Thomas in Berlin.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas wollte gestern auf der Durchreise von Paris nach Berlin in Berlin und hatte eine Reihe von Besprechungen, um sich ein Bild über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands, insbesondere der Arbeiterlohn, zu machen.

Neuer deutsch-englischer Vertrag über die Ausfuhrabgabe.

Y. Berlin. Die Deutsche Regierung hat mit der Britischen Regierung ein Abkommen über die Derabsetzung der 20prozentigen Reparationsabgabe auf 5 Prozent geschlossen. Das Abkommen ist am 23. Februar geschlossen worden und tritt bereits am 26. Februar für alle Waren, die an oder nach diesem Tage nach England eingehen, in Kraft. Die Erhebung erfolgt in genau der bisherigen Weise in England. Der englische Importeur hat also 5 Prozent der Rechnung bei der Einfuhr der Waren in England an die britische Zollbehörde zu entrichten und zahlt 95 Prozent der Rechnung an seinen deutschen Exporteur unter gleichzeitiger Ueberweisung des Guthabens über 5 Prozent.

Die Deutsche Regierung verpflichtet sich, diese Scheine später, wenn die deutschen Finanzen geordnet sind, in einer dann noch genauer festzulegenden Form einzulösen. Bis dahin hat sie sich verpflichtet, Vorzüge zu treffen, daß die Abgabe nicht den englischen Importeur belastet, resp. ihm in Rechnung gestellt wird. Eine entsprechende Verordnung ist in Vorbereitung. Die deutsche Regierung verpflichtet sich weiter, alle Gutshilfen, die aus der Wareninfuhr nach England vor dem 26. Februar herrühren, sei es aus alten Verträgen, sei es aus neuen Abschlüssen, in der 5 Prozenten Weise durch Abschlagsleistungen einzulösen. Es ist ferner von der Britischen Regierung zugesagt worden, Erleichterungen für kleine Warensendungen einzutreten zu lassen und alle Sendungen von geringem Werte ohne Erhebung der Abgabe frei nach England einzulassen.

Der wesentliche Inhalt des Abkommens ist folgender: Das britische Schahab wird auf dem Verordnungswege die bisherige Abgabe von 20 Prozent, welche bei der Einfuhr deutscher Waren nach England an die britische Zollbehörde zu entrichten ist, mit Wirkung ab 26. Februar einschließlich auf 5 Prozent ermäßigen.

Um sicherzustellen, daß die nach dem Reparationsgesetz nummehr in Höhe von 5 Prozent erhobenen Abgaben nicht auf die britischen Importeure ganz oder teilweise abgewälzt werden, hat sich die Deutsche Regierung bereit erklärt, die deutschen Exporteure zu einem festem Anteilpunkte schadlos zu halten und außerdem auf dem Verordnungswege zu dekretieren, daß, wenn diese Abgaben ganz oder teilweise dem britischen Importeur lastet, werden, der deutsche Exporteur seinen Rückzahlunganspruch verliert und außerdem unter Strafe gestellt wird.

Die Deutsche Regierung wird den deutschen Exporteuren alle Beträge zurückerstatten, welche in der Zeit vom 17. November bis 26. Februar für in England erhaltene Waren erhoben worden sind und zwar in Abschlagsleistungen gemäß Verordnung (Nr. 2) vom 9. Februar 1924. Das gilt für alle Fälle (sowohl mit Bezug auf alte Verträge vor dem 17. 11. als auch auf neue Verträge seit dem 17. 11.), in welchen die Beträge nicht bereits in bar oder in Abschlagsleistungen zurückgezahlt worden sind. In den Fällen, wo die Abgaben in den alten Abschlagsleistungen vergütet worden sind, wird die Deutsche Regierung gegen Präsentation der alten Abschlagsleistungen den Umtausch in neue Abschlagsleistungen gemäß Verordnung vom 9. Februar vorziehen. Es herrscht Ueberstimmigkeit darüber, daß die so zurückgestellten Beträge den anspruchsberechtigten Parteien zuzuführen seien.

Die Britische Regierung verpflichtet sich, die völlige Freilassung ihrer Warensendungen von geringem Werte von der Abgabe zu prüfen.

Die Arbeit der Sachverständigen.

Paris. „New York World“ glaubt zu wissen, daß die Einmütigkeit, die in den Abschlüssen vorherrschte, bisher nicht gekannt worden sei. Von französischer Seite habe man gegen die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Rückganges aus dem Ruhrgebiet keine Einwände geltend gemacht. Die Sachverständigen haben aus folgenden Standpunkten:

1. Sie sind entschlossen, zur Wiederherstellung Deutschlands einen vollständigen Plan der Reparationskommission zu unterbreiten. Wenn diese Kommission sich von politischen Erwägungen verleiten lassen, so wird sie nicht in der Lage sein, gewisse Anregungen der Sachverständigen anzunehmen und andere zu verwerfen, das sei das Verdienst des Planes.

2. Die Reparationskommission wird auf Grund der Sachverständigenarbeiten nur die Wahl haben, entweder sich mit dem Plan, der aus rein geschäftsmäßigen Grundrissen auf Einleitung der Reparationen abzielt, unter Aufschaltung politischer Momente einverstanden zu erklären oder den Geschäftsplan zu Gunsten eines politischen Projektes abzulehnen, der einen weiteren Druck auf Deutschland und eine Fortdauer der Inflation vorzieht. Obwohl der Sachverständigenplan Deutschland eine Reihe von Opfern auferlegt, namentlich erhöhte Steuerpflichten, die Unterstellung seiner Finanzen unter eine internationale Kontrolle, so bleibt dem Reich nichts übrig, als den Plan anzunehmen, da es andernfalls der finanziellen Katastrophe entgegengehen würde. Die Reichseisenbahnen sind von den Sachverständigen auf einen Minderebetrag von 25 Milliarden Goldmark veranschlagt worden.

Paris. Bis gestern Abend hand noch nicht fest, wann die Sachverständigen den Reichspräsidenten Dr. Scheidt wieder sprechen wollen. Man nimmt an, dies wird vielleicht am Mittwoch vormittag der Fall sein. Gegenstand der neuen Besprechungen soll hauptsächlich der Stand des neuen deutschen Goldwährungsplans sein, nachdem, wie bereits berichtet, eine Einigung über die kleinere deutsche Goldnotendbank erzielt worden ist.

Oertliches und Sächliches.

Miela, den 26. Februar 1924.

Die Mieten in Miela betragen für Monat März insgesamt 26,5% der Friedensmieten in Goldmark jährlich (gegen 20,2% im Februar). Die Zusammenfassung der einzelnen Voten ist aus der bebilderten Bekanntmachung im heutigen Ausgange zu ersehen.

Das Heimatmuseum ist vom April an wieder jeden 1. und 3. Sonntag im Monat von 12-4 Uhr geöffnet.

Der Winter hält sich tapfer, seine Macht scheint noch immer nicht erschüttert. Nachdem die letzten Tage, und besonders der letzte Februarsonntag, im Zeichen des Vorkältefrühs, ist nun seit gestern eine Neuschneefall in reichlichem Maße erfolgt. Aber darüber sind wir uns klar, daß es nur eine Gnadenfrist ist, die der junge Lena dem gestrennen Göttergötzen gewährt. In wenig Tagen beginnt der Lenamonat und mit dem Leben ist der kalte Frühling verbunden. Je weiter die Jahreszeit vorrückt, desto rascher wird föhentlich der Abzug des Winters erfolgen.

Die drei Mielaer Weltreisenden verließen am Sonntag mittig die Stadt Radberg und marschierten nach polenischer Richtung ihres Durchmarsches in Richtung Bauen weiter.

Warnung vor einem Schwindler. Gewarnt wird vor einem Unbekannten, der sich als Student Baumann vorstellt und eine Sammelliste zur Einzeichnung vorlegt, deren Erträge zur Verbesserung der Schulverhältnisse verwendet werden sollen. Die Sache ist Schwindel.

Die Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 überträgt die Sonderfürsorge für die Kriegsdienstverletzten und Kriegshinterbliebenen, Sozialrentner und Kleinrentner auf die Länder und Gemeinden. Die Behauptung, darin liege ein Abbau, eine Verschlechterung oder gar eine Herabwürdigung dieser Fürsorge, ist falsch. Diese Sonderfürsorge ist auch nach ihrer Uebergabe auf andere Träger nicht dem freien Ermessen freigegeben. Sie bleibt wie bisher eine Pflichtaufgabe und steht unter dem Schutze des zwingenden Rechts. Für die Durchführung erhalten die Länder und Gemeinden aus der dritten Steuernotverordnung die nötigen Finanzmittel. Auf diese Finanzmittel gründet sich auch die Bestimmung, daß für die Vorauszahlung, Art und Maß der Sonderfürsorge die bisherigen Vorschriften bis auf weiteres maßgebend sind. Damit bleibt der Fürsorge für die Kriegsdienstverletzten, Kriegshinterbliebenen, Sozial- und Kleinrentner trotz des Wechsels im Lastentäger die berechnete Eigenart gewahrt, was auch den Wünschen der Reichsregierung entspricht.

Die Sächsische Militär-, Witwen- und Waisenkasse. Von der durch die allgemeine Geldentwertung nötig gewordenen Umwertung von Forderungen werden auch die aus der Vorkriegszeit bestehenden, zum Teil auf landesgesetzlichen Bestimmungen bestehenden Militär-, Witwen- und Waisenkassen des ehemaligen Landes betroffen. Hierzu gehört auch die Sächsische Militär-, Witwen- und Waisenkasse, aus der die Hinterbliebenen von solchen ehemaligen aktiven sächsischen Offizieren und Beamten Bezüge erhalten, die zu der Kasse beizutragen haben. Es ist beabsichtigt, die Leistungen dieser Kasse auf Rentenmarkt umzustellen. Bis zur Regelung der Angelegenheit, die vornehmlich bald erfolgen wird, kann die Kasse weder Beiträge entgegennehmen, noch Zahlungen leisten. Um Zweifel vorzubeugen, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bezüge der Hinterbliebenen aus Reichsmitteln (Witwengeld, Waisengeld, Kinderzuschläge) von Vorbehalt nicht betroffen werden.

Ein Protest der Landwirtschaft. Am vergangenen Sonntag kamen in Bauen etwa 4000 Landwirte der sächsischen Oberlausitz zusammen, die in den drei größten Teilen eine gewaltige Kundgebung veranstalteten, die sich richtete gegen die Notlage der landwirtschaftlichen Kräfte unter Berücksichtigung des Heberfriedenspreises der landwirtschaftlichen Betriebsmittel, die Höchstpreispolitik für Milch- und Molkereiprodukte, sowie gegen das Steuersystem, das der Landwirtschaft den Atem raube. Gefordert werden Verbesserung von Unfähigkeit und Gehässigkeit an den maßgebenden Stellen, Wiederherstellung von dem Gefühl der Verantwortlichkeit und Sachlichkeit in der Gesetzgebung, Abnahme der unerträglichen Lasten von der Landwirtschaft, Wiederherstellung verbesserter Pläne, unbeschränkter Regierungspolitik, Aufrechterhaltung des Ausnahmestandes, solange der Boden noch schwach und die Betriebe kommunizierten Umsätze auf der Lauer liegen.

Ausgerufenes außersächsisches Notgeld. Der Reichsfinanzminister hat das auf Papiermarkt lautende Notgeld, dessen Aussteller im unbesetzten Gebiet des Landes Sachsen sowie im Gebiet des Landes Preußen-Stralitz ihren Sitz haben, mit Wirkung vom 1. März 1924 aufgehoben. Die Einlösungfrist läuft bis einschließlich 31. März. Ausgenommen von diesem Aufhebung bleibt das Notgeld der deutschen Reichsbahn.

Sächsischer Bauernbund. Der im Vorjahre gegründete sächsische Bauernbund hält am 9. März, vormittags 11 Uhr, im Landtagsgebäude in Dresden sein erste Vertretertagung ab.

Vertiktag des Deutschen Wertmeisterbundes. Am Sonntag fand in Halle a. d. S. der erste Mitteldeutsche Vertiktag des Deutschen Wertmeisterbundes unter zahlreicher Beteiligung aus Thüringen, Preußen und Provinz Sachsen und unter Anwesenheit des Bundesvorsitzenden, auf der Halle, Eisen, Hain, Hauptgeschäftsführer Effelsberg, Eisen, und Bezirksleiter Richter, Halle, haben ein umfassendes Bild über die augenblickliche Wirtschaftslage und die organisatorischen Verhältnisse. Aus ihren Darlegungen ging hervor, daß der Deutsche Wertmeisterbund sich auch im dortigen Gebiete in einer erfreulichen Aufwärtsbewegung befindet. In einer zum Schluß einstimmig angenommenen Entschließung wurde zum Ausdruck gebracht, daß der D. W. M. sich nach wie vor zur Tarif- und Arbeitsgemeinschaft bekennt. Von den Reichsbehörden wird erwartet, daß sie in Zukunft, stärker als in der letzten Vergangenheit, bei ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen, auf die Interessen der Arbeitnehmer Rücksicht nehmen. An die Berufscollegen wurde der Appell gerichtet, sich allenthalben von den Organisationen der W. M., die sich für die wirkliche Hebung des Berufsstandes als förderlich nicht erwiesen hat, abzuwenden und sich an Organisationen des D. W. M., insbesondere dem D. W. M., anzuschließen, dessen ganze Tätigkeit darauf gerichtet sein wird, nicht nur das Wohl des eigenen Berufsstandes, sondern auch die Befreiung des gesamten Volkes von allen wirtschaftlichen Nöten zu erstreben.

Reichsleiterntag. Die gesamte christliche Altershilfe Deutschlands hält ihre diesjährige Reichsleitung in der Osterwoche, vom 22. - 25. April 1924 in Leipzig ab. Als Redner sind Professor D. Kahl, der bekannte Pädagogische Schürat Beyer in Aussicht genommen, sowie als Festprediger Landesbischof D. Jhmels. U. a. soll ein Dörpelsabend und ein religionspädagogischer Kongress mit gehalten werden, auf welchem u. a. eine Lehrprobe nach der Gausch-Schule gezeigt werden soll. Die Tagung wird unter dem Kennwort des Altersrechtes stehen.

Der Frühlingsbeginn. Es ist eine Bewunderung in die Öffentlichkeit gebracht worden durch öffentliche gemessene Erklärungen, wie z. B. in Karlsruhe, die den christlichen Kindern Schulbefreiung nur für die Monate März bis Juni ausbilden wollen. Durch die bekannte

früher erlassene Verordnung sind aber die evangelischen Lehrer und Kinder den katholischen gleichgestellt. Die katholischen genießen an den katholischen Sonderfesttagen den ganzen Tag Schulfreiheit, nicht nur während der Messe. Demzufolge sind auch die Evangelischen den ganzen Tag vom Schulbesuch befreit. Wenn die Verordnung den Tag enthält, jedoch nur insoweit es zur Erfüllung ihrer religiösen Pflichten erforderlich ist, so wird damit keineswegs die Schulbefreiung auf bestimmte Stunden, also den Gottsdienstbesuch, wie sie die sozialdemokratische Presse abändern möchte, eingeschränkt. Es ist ja auch Angelegenheit der Beteiligten, wie sie ihren Feiertag heiligen. Die Lehrer werden ja bekanntlich auch Kindererziehungsarbeiten an diesem Tage abgeben. Zudem gehört zur Ausübung des religiösen Bedürfnisses nicht nur der Besuch des Gottesdienstes, sondern auch die innere Sammlung vorher und nachher. Aus diesem Grunde hat sogar der vormalige Minister Flehner gegenüber den Katholiken die Schulbefreiungen angewiesen, den genannten Tag möglichst weitestgehend auszulagern, ja weiterhin noch gefordert, daß nicht jeder einzelne Vater für sein Kind die Entscheidung einzureichen brauche, sondern eine Gesamtentscheidung seitens der katholischen Elternorganisation genüge. Es ist zu erwarten, daß dieses Recht auch für den Frühlingsbeginn für die Evangelischen gilt, worüber der Landesverband der christlichen Elternvereine zur Vermeidung von Irrtümern beim Minister bereits anfragt hat.

Industrie- und Arbeitgeber-Tagung. Die gemeinsame Mitgliederversammlung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände findet am 28. und 29. März in Berlin statt.

Wiederum schweres Treibeis in der Ostsee. Nach einer Meldung aus Kopenhagen hat der vorgestern einsetzende Eis- und Schneesturm das Eis in der Ostsee überall in Bewegung gebracht. Alle Gewässer, die morgens noch eisfrei waren, sind seit vorgestern abend wieder mit schwerem Treibeis bedeckt und für Schiffe ohne Eisbrecher unpassierbar.

Die Landesgruppe Freikant Sachsen des Deutschen Motorradfahrer-Verbandes hielt am Sonntag vormittag von 10 Uhr an im Parkkeller in Meißen ihre Verbandssammlung ab. Die Teilnehmer trafen aus allen Teilen Sachsens, insbesondere aus Chemnitz, wo sich die Geschäftsstelle des Verbandes befindet, weiter aus Freiberg, Leipzig, Dresden usw. mit ihren Motorrädern hier ein. In den Verhandlungen befaßte man sich mit Organisationsfragen und lenkte die im laufenden Jahre abzuhaltenden Sport- und sonstigen Veranstaltungen fest.

Die Not der deutschen Gartenbauern. Vor kurzem hielten die Epheuverbände des deutschen Gartenbauers in Berlin eine Versammlung ab, um über die Notlage des Berufes und die damit verbundene Gefahr eines weiteren Rückganges des Gartenbaus zu verhandeln und auf die Gefahren, die durch den Rückgang der deutschen Obst- und Gemüseerzeugung für die deutsche Volksernährung hervorgerufen werden können, aufmerksam zu machen. Der Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Gartenbauern Otto Berner (Vorsitz der Volkshaus) betonte besonders die Notwendigkeit, die Berufsinteressen mit der Volkswohlfahrt zu vereinigen. Der Gärtner deutet nicht nur an sich, sondern auch an die Volkswirtschaft, denn es verträge sich nicht mit der Armut des deutschen Volkes, daß große Mengen des Volksvermögens ins Ausland wandern, darum wenden sich die Gärtner gegen die Einfuhr von Obst, Gemüse und Blumen. Der Präsident des Reichsbundes für Obst- und Gemüsebau Gartenbauern Otto Berner (Vorsitz Volkshaus) berichtete dann zur Lage. Er führte aus: Die Bevölkerung vergrößert sich, die Gärtner nur niedrige und besonders wechselnde Einnahmen hat. Die Erzeugnisse sind schnell veräuglicht und nicht haltbar, sie müssen demnach schnell auf den Markt gebracht werden, was bei Massenankäufung meist preisdrückend wirkt. Die Ernte 1923 war schlecht und die geringen Einnahmen sind durch die Marktentwertung verloren. Es fehlt vor allem das bare Geld, um Vorkauf und Abgaben zu zahlen; deshalb ist es ungerade, den Gärtner den Vorwurf zu machen, sie trieben mit ihren Erzeugnissen Wucher. Vor allem dürfe man die geschwächte Konsumkraft des Publikums, die besonders auf die Blumenzucht drücke, nicht vergessen. Die Gärtner seien durch den Preisrückgang, denn es könne der Fall eintreten, daß wir wieder auf die inländischen Produkte angewiesen seien, dies würde aber, wenn der deutsche Gartenbau zurückginge, starken Mangel hervorrufen. Das würde eine neue Notlage erzeugen.

Am die Verleihung des Eisernen Kreuzes. Das Reichswehrministerium, das die seit mehr als zwei Jahren ausgesetzten Verleihungen des Eisernen Kreuzes mit größter Beschleunigung durchzuführen wird, gibt folgendes bekannt: Behandelt werden nur noch Gesuche von Frontsoldaten, die vor dem 1. Dezember 1919 zum Eisernen Kreuz vorgeschlagen waren. Neue Gesuche, auch wenn ihnen die Voraussetzungen der Feindverdienste über einen bereits im Felde erfolgten Vorkauf bezeugen, werden von den Militärärztenstellen und dem Reichswehrministerium nicht mehr angenommen und ausnahmslos den Gesuchstellern zurückgegeben. Verleihungen für Heimatdienst erfolgen in keinem Falle mehr; sie sind längst abgeschlossen. Berufungen gegen die Entscheidung der Militärärzte sind in keiner Form zulässig und werden auf keinem Wege in Betrachtung genommen.

Obsttag. In dem Wohnhause (Hintergebäude), das zu dem Villa'schen Grundstücke Mielaer Straße Nr. 30 gehört, wurde am Freitag in der Küche einer Mietwohnung die Decke herunter. Dabei erlitt eins von 4 Kindern einen Beinbruch, während die drei anderen nur leicht verletzt wurden.

Freiberg. Wegen öffentlicher Beleidigung der Reichswehr im Oktober 1923, sowie wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt wurde der 23 Jahre alte Hilfskassier Karl Klein aus Langenlohnheim bei Kreuznach zu 1 Monat Gefängnis und 60 Goldmark Geldstrafe verurteilt. Des weiteren wurden von derselben Strafkammer unter Zustimmung mildernder Umstände verurteilt wegen Uebertretung eines Vorkaufgesetzes der Reichswehr und wegen dessen Verletzung der Metallarbeiter Franz Seifert, seinerzeit Mitglied des Erwerbsloosenrats, zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis, dessen Ehefrau zu 3 Monaten 3 Tagen Gefängnis, der Waisenformler Kurt Seifert zu 10 Monaten Gefängnis, der Handarbeiter Wäbhus zu 4 Monaten 3 Tagen Gefängnis und der Erwerbslose Wöhlitz zu 7 Monaten Gefängnis.

Widau. Der seit dem 1. Januar als Leiter der Verbandsschule in Cunnerswalde angestellte Oberlehrer Soahler erkrankte infolge geistiger Ueberreizung, hervorgerufen durch Arbeitsüberlastung, Verdruss im Amte und heftiger Niedergeschlagenheit über die Zustandslage eines großen Teils der Jugend. Er war früher 20 Jahre als Lehrer an der Bürgerchule zu Reustädtel tätig.

Glauchau. Ein schwerer Unfallsfall trat am Sonntag des Abreutes Herrn Hermann Lungwig, Glauchau, Wittenheiner Straße 45, betroffen. Herr Lungwig hat in seinem Garten Bäume ausgeputzt, wobei er auf einer Wasserleiter stand. Wäblich führte der Bedauernde von der Leiter und fiel so unglücklich auf einen spitzen Wühl, der als Stütze von Stachelbeerzweigen in die Erde gerammt war, daß der Wühl ihm durch den Leib ging. Herr Lungwig wurde aus seiner verhängnisvollen Lage befreit und nach dem Krankenhaus gebracht, wo er sofort operiert

werden mußte. Unverzüglich wurde ihm irgendwelche eblen Teile im Innern nicht verletzt worden.

Leipzig. Um den Fremdenverkehr nach Dresden zu beleben, hat sich der Rat der Stadt Leipzig entschlossen, die städtische Heberveransteuerung zu ermäßigen; bisher war der niedrigste Steuerfuß für Altimmerpreise bis 3 Mt. gültig; jetzt ist diese Grenze auf 6 Mt. hinaufgesetzt worden, und durch diese Veränderungen fallen fast sämtliche Zimmervermietungen an Fremde unter den niedrigsten Steuerfuß. In einem Leipziger Pensionat haben zwei junge Mädchen verlobt, ihrem Leben dadurch ein Ende zu machen, daß sie die Gasöhne in ihrem Zimmer aufzuden und den Tod erwarteten. Die beiden Selbstmörderinnen sind 19 und 15 Jahre alt. Glücklicherweise noch die Wirtin am Morgen den Gasrohr, öffnete das Zimmer und fand die beiden Freundinnen unausgerollt bereits todt im Bett liegend. Einige Abschiedsbriefe lagen auf dem Nachttisch. Man schaffte die beiden ins Krankenhaus und es gelang, sie noch einmal ins Leben zurückzurufen. Die beiden Lebensmüden sind Kanariinnen, die in einem großen Leipziger Kabarett als Abendstunde auftraten. Am 28. März 1921 - also vor fast 3 Jahren - waren, wie noch erinnerrlich, durch Kommunisten Dynamitanschläge auf die Landgerichtsgebäude in Leipzig, Dresden und Freiberg ausgeführt, das Rathaus in Rodewisch i. V. in die Luft gesehnt und der Nacht-Dampfschiff-Verkehr zum Entfallen gebracht worden. Von den Attentätern konnten einige ermittelt und verurteilt werden, nur der oder die Täter, die im Leipziger Landgerichtsgebäude an der Elisenstraße im Hinteren eine Bombe niedergelassen hatten, durch deren Explosion bedeutender Schaden angerichtet wurde, konnten bisher nicht ausfindig gemacht werden. Jetzt endlich ist es den behördlichen Bemühungen gelungen, den Haupttäter in Vommern zu ermitteln. Es ist der am 11. Februar 1889 geborene Kommunist Emil Bergmann aus Stahlfurt, der in Halle angenommen und nach Leipzig in das Untersuchungsgefängnis übergeführt worden ist. Der durch den Bombenanschlag im Hinteren des Landgerichtsgebäudes angerichtete Schaden war, wie schon erwähnt, bedeutend, und es muß als ein Wunder bezeichnet werden, daß trotz des starken Verfalls, der in der Zeit des Anschlags im Landgerichtsgebäude herrschte, keine Menschen verletzt worden sind.

Leipzig. In der vergangenen Nacht ereignete sich in der Kaiserin-Augusta-Straße dicht an der Brücke über die Bahnanlei ein Wasserrohrbruch, wodurch die Hauptgleise Leipziger-Connewitz weithin überflutet wurden. Die nach dem Vagerischen Bahnhof verkehrenden Züge mußten auf Nebengleise umgeleitet werden und hatten infolgedessen große Verspätungen. Am 7 Uhr war die Störung wieder beseitigt.

Bermischtes.

Der Dampfer „Danja“ vom Eis eingeschlossen. Drei Meilen nördlich Kolberg fuhr der Dampfer „Danja“ aus Memel im Eise fest. Am Sonntag vormittag kam ein Mann zu Fuß über das Eis nach der Küste und meldete, daß der Dampfer (800 Tonnen) mit seiner Besatzung von 14 Mann schon seit zwei Wochen vom Eis festgehalten werde.

Todessturz von der Westminster Kathedrale. Aus London wird gemeldet: Am Sonntag nahm eine gut gekleidete Dame für sich und ihre beiden Kinder im Alter von 5 und 7 Jahren Billets für den Turm der Westminster Kathedrale, der katholischen (nicht mit der Westminster Abtei zu verwechselnden) Kirche auf dem anderen Ufer der Themse. Um 1/2 10 Uhr sah der Portier, daß das kleine Mädchen vom Turm herabstürzte. Als er aus seinem Dienstraum herauskam, lag schon die Mutter und das andere Mädchen tot auf dem Pflaster. Alle drei waren von der Plattform des Turmes herabgestürzt. Die Personalien der Verunglückten konnten bisher noch nicht festgestellt werden, da die Mutter der beiden Kinder keinerlei Papiere bei sich trug.

Eine neue sächsische Bluttat. Der Schuhmacher Jost, der in der Gartenstraße in Berlin wohnt, hat seiner Frau mit einem Beil mehrere flache Kopfwunden beigebracht, sodas an dem Aufkommen der Verletzten gescheitert wird. Die Kriminalpolizei hat festgestellt, daß beide Eheleute starke Trinker waren und außerdem sächsische Reigungen hatten, die schon öfter nach sächsischen Trinkerien zu Tötlichkeiten geführt hatten. Jost ist verhaftet und dem Untersuchungsrichter zugeführt worden.

Den Opfern des Tiroler Lawinenunfalls war eine Trauerfeier gewidmet, die am Sonntag vom Kronachbund in der Kirche von Erthal veranstaltet wurde. Ueber 1000 Mitglieder der verschiedensten Wanderverbände beteiligten sich an der Feier. Sie zogen nachher mit ihren Fahnen in die Waldhölle von Erthal, die der verunglückte Direktor Dr. Walter Fischer geschaffen hat.

Der erste Kriegsfreiwillige 1813. Im Februar 1813 war der Landtag der Provinz Ostpreußen zusammengetreten. General York, dem man alles, was zu dem Gebot der Stunde war, übertragen hatte, ordnete sofort die Auffstellung einer Landwehr an, die alle Jünglinge und Männer von 18. bis 45. Lebensjahre ausnahmslos zum Kriegsdienst verpflichtete. Außerdem hatte York dem Landtag alle noch den Plan vorgelegt, neben dieser Landwehr ein National-Heiter-Regiment mit 1000 Mann und Weibchen aus den freiwillig sich sammelnden Söhnen des Vaterlandes zu errichten. Am 8. Februar 1813 erließ York einen Aufruf in der „Antagsberger Hartungischen Zeitung“. Wenige Tage später erschien in der gleichen Zeitung ein neuer Aufruf, der bekannt gab, daß sich seit der Publikation an Freiwilligen zum „National-Heiter-Regiment“ beritten und völlig equipiert und amtiert gemeldet hätten: ein Studiosus Heidemann, Sohn des Oberbürgermeisters und viele andere Namen folgten. Es ist unbestreitbar, daß dieses Regiment das erste Regiment von Freiwilligen war, das sich im Jahre 1813 bildete. Da nun der Studiosus Heidemann sich als Erster gemeldet hatte und angenommen worden war, ist er als der erste Freiwillige der Landwehr von Freiwilligen anzusehen, die in den Befreiungskriegen zogen. Heidemann hat ruhmvoll in den Schlachten mitgekämpft, in denen sein Regiment sich auszeichnete. In der Schlacht bei Möder wurde er schwer verwundet, wartete aber seine völlige Genesung nicht erst ab, sondern folgte seinem Regiment bald nach. Seine sichtbar gehetzte Wunde brach aber auf dem Marsche wieder auf, so war er gezwungen, in Weimar liegen zu bleiben. Hier fand er gütliche Aufnahme und ebe er weiter konnte, war das Schicksal Napoleons bereits besiegelt und der große Vorstoß auf Elba unterbrochen. So blieb für ihn als Soldat nichts mehr zu tun. Er hatte es bis zum Leutnant gebracht und schied als solcher aus dem preussischen Dienste, da er eine Anstellung als Postmeister in Weiskes gefunden hatte. Die W. M. ist er vier Jahrzehnte, von allen geliebt und verehrt. Nachdem er in den Ruhestand getreten war, zog er sich nach Weimar zurück, wo er sich literarischen Arbeiten widmete und auch mit allen Geistesgrößen damaliger Zeit engste Freundschaft unterhielt. Hochbetagt stand dieser erste Kriegsfreiwillige des Freiheitskrieges in Weimar.

Die Särge der Lebenden. In vielen böhmischen Orten wird noch immer an einer alten Ueberlieferung festgehalten. Die Jugend will nichts mehr von ihr wissen, aber die alten Leute lassen es sich nicht nehmen, so wie Vater und Urgroßvater vor den Todestagen vorzusorgen. Ueberall wo ein Bauer alten Solches einen Sol

Am t l i c h e s.

Reichsmietenhundertföge ab 1. März 1924.

Verwaltungskosten einchl. Mietendienst und Gebäudesachen zu Hausarbeiten 2,8 % der Mietmiete jährlich

Betriebskosten als Berechnungsgeld laufende Instandsetzungsarbeiten 0,7 %

große Instandsetzungsarbeiten 8,0 %

Summe: 26,5 % der Mietmiete in Goldmark jährlich.

Die Hausbesitzer werden hiermit nochmals an die Einzahlung der Rücklagen für die großen Instandsetzungen (Hauskonto A) erinnert. Bei Nicht-einzahlung wird demnächst kostenpflichtige Mahnung und evtl. Beitreibung erfolgen.

Der Rat der Stadt Riesa, 26. Februar 1924. H.

Vorauszahlung für die Vermögenssteuer 1924 sowie Entrichtung der Obligationensteuer.

I. Als Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer für das Kalenderjahr 1924 haben bis zum 29. Februar 1924

an die Finanzämter zu entrichten:

a) Steuerpflichtige, die nicht Erwerbsgesellschaften im Sinne des § 11 Absatz 3 des Körperschaftsteuergesetzes sind, das Dreifache des zweiten Teilbetrags der Brotverorgungsabgabe;

b) Erwerbsgesellschaften im Sinne des § 11 Absatz 3 des Körperschaftsteuergesetzes die Hälfte des Betrags, den sie an Vermögenssteuer zu entrichten haben, wenn sie ihr Vermögen mindestens mit dem Betrage versehen, der der Summe der für die Anteile an der Gesellschaft und für die von der Gesellschaft ausgegebenen Genussscheine und Schuldverschreibungen festgesetzten Steuerwerte oder ermittelten Verkaufswerte entspricht.

Sind diese Steuerwerte oder Verkaufswerte bis zum 29. Februar 1924 noch nicht ermittelt, so haben die Erwerbsgesellschaften das Sechstache des zweiten Teilbetrags der Brotverorgungsabgabe zu entrichten.

II. Am 1. März 1924 ist die erste Zahlung auf die Obligationensteuer (Wertverteilungsausgleich bei Schuldverschreibungen — dritte Steueranforderung Artikel III §§ 17—23) fällig; sie ist ohne besondere Aufforderung an die Finanzämter zu zahlen. Gleichzeitig ist dem Finanzamt eine Steuererklärung in zwei Ausfertigungen einzureichen. Steuerpflichtig sind alle Personen oder Personengesellschaften, die selbst oder deren Rechtvorgänger Schuldverschreibungen begeben und nicht bis zum 1. Januar 1918 getilgt haben. Nähere Auskunft erteilen die Finanzämter.

Riesa, am 26. Februar 1924. Das Finanzamt.

Abonnements auf sämtliche

Mode- und Unterhaltungs-Zeitschriften für Riesa und Umgebung nehme jederzeit entgegen und liefert durch eigene Boten ins Haus, auch auf dem Lande. Probehefte können auf Wunsch vorgelegt werden.

Johannes Ziller, Buchhandlung, Riesa, Hauptstr. 79, Fernruf 373.



Vertreter in Riesa: **B. Zeuner, Hauptstr. 73** — erstes Musikgeschäft am Platz.

la Wäsche

Brinschröcke, Garnituren, Hemden, Hemdhoften, Unterteilen usw. in allen Preislagen empfiehlt

Korjett = Spezialgeschäft Filiale Gröbba Georgplatz 1.

Versteigerung

in Neu-Weida, Hauptstraße 8 am Sonnabend, 1. März, vorm. 10 Uhr:

- 1 Jagdwagen (6 Sitzer), 2 Korbw., 3 Einsp. Brettw., 1 Vierw., 2 Lkw., 2 Taxiswagen, 7 Rollen-Separatoren (300 Liter), 10 Rattenfenster, 5 Antischiffel., 10 Spitzkummete, 10 Wagenräder, 1 Ideal-Schreibm., 1 mittl. Weidenschranz, 1 Feuerschloß, 1 Wenders Komp. Legion 4. Aufst., 1 Schallkuchen-Einrichtung, 2 Salon-Deien, 1 Weisp.-Wagen und Ortschaften, gr. Wollen Schraubstollen, 4 Schubkarren, 4 Sättel, 1 Flakdenzug, 1 Schlitten, 2 Deimalwagen, 2 Billardtische (Marmor), Reiten, Gasöfen u. v. m.

Riesa, Klöberstr. 11. **V. Jähnig** verpf. Anst. und Taxator.

Bez.-Konsum-u. Sparverein „Volkswohl“ in Riesa.

Mittwoch feilsch eintreffend **grüne Heringe, Bid. 12 Stk.**

Der Deutsche Leseblatt-Verein (ausgeschlossen) liegt ein Prospekt bei, mit welchem die Frau W. G. Müller, Buchhandl., Dresden-N., Buchschanz 1 zum Zweck der Beifügung des „Mittels Blatt d. Hausfrau“ einlädt. „Mittels Blatt der Hausfrau“ ist das billigste und beste Frauen- und Familienblatt.

Malerschablonen

viele neue u. hochmoderne sowie einfache Muster in großer Auswahl einetroffen.

Fried. Rüttner Bahnhofstraße 16, Telefon 136.

700 800 Gmk.

auf schuldenfr. Hausarbeit bei 1. Doppelbes. leihen gesucht. Werte Off. erb. unt. A 961 an das Tabl. Riesa.

Wirt. Mädchen m. 7jähr. Nudeln und Süßwaren als Wirtshauskonditorin.

Offerten niederlegen, unter A 11426 Volkamt Straßla.

Saubere Aufwartung

Amal wochentäglich halbtags bei gutem Lohn für Tag gesucht. Vorausstellen bei Frau Wollsdirektor Krüner, Danntplatz.

Hausmädchen

mit guten Zeugnissen in besseren Haushalten gesucht. Vorausstellen bei Frau Wollsdirektor Krüner, Danntplatz.

Hausmädchen

mit Kochkenntnissen oder einf. Stütze für kinderlosen Haushalt gesucht. Mit Zeugnissen zu melden: Frau Fabrikbesitzer G. Wirtke, Reismia, Telefon 14.

Ein Pferdejunge

17 bis 18 Jahre, gesucht Höderau, Sobiller Str. 12.

Gesucht per Eltern für Riesa in größ. Kolonialwarengeschäft jung. kreb. jamer Mensch als

Lehrling.

Einjähr. od. 1 J. Handels-schule bevorzugt. Kost und Logis außer Haus. Vorkosten erb. unter C 953 an das Leseblatt Riesa.

Hausmannsposten

zu vergeben. Ordentliche, saubere und fleißige Leute, deren Wohnung sich a. Tausch eignet, wollen sich melden bei **Rieser Bank.**

Abonnement-sammler (innen)

finden dauernde Beschäftigung gegen hohe Provision bei Johannes Ziller, Buchhandlung, Riesa, Hauptstr. 79.

wo? kann 20jähr. Fräulein das **Kochen erlernen.** Angebote erb. unt. B 952 an das Leseblatt Riesa.

G. Heinig

✕ **Brickets** ✕ bestkräftige Qualität fortwährend a. Lager. Anprobe auf Wunsch.

Langenberg

Schäferhündin

5 Monate alt, zu verk. **Adolf W. v. b. Heben.**

1 geb. Herrenrad 1 geb. Damenrad 1 geb. Nähmaschine alles gut erhalten, zu verk. **Zalcher, Hauptstr. 60.**

Gebrod. Anzüge werden verleben. **R. Heindold, Osttr. 28, 2.**

Vereinsnachrichten

Innungsausschuss Riesa. Die Mitglieder sind am dem morgen abend 8 Uhr in der Eldterrasse stattfindenden Vortrag über Goldbilanzen und Steuerfragen vom Verein für Handel und Gewerbe einzufinden.

Innung „Bauhütte“ zu Riesa.

Die diesjährigen Gesellenprüfungen werden **Mittwoch, 9. April 1924**, abgehalten. Lehrlinge, welche die Prüfung ablegen wollen, werden aufgefordert, ihr Gehalt nach Maßgabe der Prüfungsordnung bis 5. April bei ihrem Lehrmeister einzureichen. **Der Prüfungsausschuss.** Hr. Ränder, Vors.

Voranzeige! Sonntag, 2. März, gastiert Charakterdarsteller, Vortragshändler und Soloschauspieler Herr **Artur Benzel**

im **Gasthaus zum Anker in Gröbba.** Anfang punkt 7 Uhr abends. — Wer Artur Benzel kennt, kommt sowieso, wer ihn noch nicht gekent hat, säume nicht, sich einen guten Witz zu sichern. **Man träumt sich vor Lachen!**

700 800 Gmk. auf schuldenfr. Hausarbeit bei 1. Doppelbes. leihen gesucht. Werte Off. erb. unt. A 961 an das Tabl. Riesa.

Wirt. Mädchen m. 7jähr. Nudeln und Süßwaren als Wirtshauskonditorin. Offerten niederlegen, unter A 11426 Volkamt Straßla.

Saubere Aufwartung

Amal wochentäglich halbtags bei gutem Lohn für Tag gesucht. Vorausstellen bei Frau Wollsdirektor Krüner, Danntplatz.

Hausmädchen

mit guten Zeugnissen in besseren Haushalten gesucht. Vorausstellen bei Frau Wollsdirektor Krüner, Danntplatz.

Hausmädchen

mit Kochkenntnissen oder einf. Stütze für kinderlosen Haushalt gesucht. Mit Zeugnissen zu melden: Frau Fabrikbesitzer G. Wirtke, Reismia, Telefon 14.

Ein Pferdejunge

17 bis 18 Jahre, gesucht Höderau, Sobiller Str. 12.

Gesucht per Eltern für Riesa in größ. Kolonialwarengeschäft jung. kreb. jamer Mensch als

Lehrling.

Einjähr. od. 1 J. Handels-schule bevorzugt. Kost und Logis außer Haus. Vorkosten erb. unter C 953 an das Leseblatt Riesa.

Hausmannsposten

zu vergeben. Ordentliche, saubere und fleißige Leute, deren Wohnung sich a. Tausch eignet, wollen sich melden bei **Rieser Bank.**

Abonnement-sammler (innen)

finden dauernde Beschäftigung gegen hohe Provision bei Johannes Ziller, Buchhandlung, Riesa, Hauptstr. 79.

wo? kann 20jähr. Fräulein das **Kochen erlernen.** Angebote erb. unt. B 952 an das Leseblatt Riesa.

G. Heinig

✕ **Brickets** ✕ bestkräftige Qualität fortwährend a. Lager. Anprobe auf Wunsch.

Langenberg

Schäferhündin

5 Monate alt, zu verk. **Adolf W. v. b. Heben.**

1 geb. Herrenrad 1 geb. Damenrad 1 geb. Nähmaschine alles gut erhalten, zu verk. **Zalcher, Hauptstr. 60.**

Gebrod. Anzüge werden verleben. **R. Heindold, Osttr. 28, 2.**

Nähmaschinen

Mundlos, Original Viktoria! empfiehlt zu soliden Preisen **B. Zeuner, Hauptstraße 73.**

Das **Tageblatt-Druckerei** Riesa, Goethestrasse 59 fertigt schnellstens alle Arten **Druckarbeiten für Geschäfts- und Privatbedarf.** Reichhaltiges Papierlager. Eig. Buchbinderel.

Kleider- u. Blumenstoffe

Gewandbartheit Schürzen, Bandstücker Bettücher empfiehlt **Ida Ziegel Albertplatz 8.**

Wie neu

sieht ein unabwehrter und gefärbter **Damen- od. Herrenhut** aus von **Guida Würtner, Hauptstr. 25** (Ende, der Straßenbahn). — Größte Auswahl in neuesten Stoff- und Outblumen, Federn.

Ich bin stets Abnehmer von **Schafwolle** in allen Quantitäten von **Händlern u. Landwirten.** Beste Strickgarne zum **Tausch** stets vorrätig!

Wohl

Sophien- Leipzig Telefon **straße 36** **11516.** Angebote immer erwünscht!

Nähmaschinen-Reparaturen

werden nur fachgemäß und billig ausgeführt bei **R. Schließer** Reparatur-Werkstatt mit **Reitbetrieb, Hauptstr. 60.**

Aus-

pa. edstem Bohr- und Leder ist eine Altentische um **gerechnet** immer noch bedeutend billiger als von Spalt- und Pfeilholz. Sinnlich der Güte der **Ba-** tentischlöcher mit Grill und Schiene in Hand- und Ausfühnung bedeutet mein Fabrikat in allen Preisen von **na-** und fern das Ideal d. verarbeiteten Welt, wobei ich durch große Auswahl und vorteilhafte Preise **nen** neueste Umföge erzielen konnte und jedem rate ich, sich selbst von der unübertroffenen Qualität zu überzeugen. **Willy Broschwitz** Sortiermeister **Glaubitz.**

Erstes Kulmbacher Radeberger Pilsner

Niederlage: **Wettinerstr. 26** **Fernruf 49.** Syphonversand: **F. Kuhnert** **Fernruf 300.**

Villig, Villig.

Empfehle **frische grüne Heringe** **Ida vertu, Höfberg** **Wieditz.**

Frische grüne Heringe

6 Bund 1 Mt. **Friedr. Koch, Hauptstr. 19.**

Grüne Heringe

blutfrisch, empfiehlt heute mit folgende **Tag** besonders billig **Gern. Modler, Schulstr. 3.**

Waldschlößchen Höderau.

Morgen **Mittwoch** feilsch **Schlachtfeil.**

Für die vielen Bewerksinnigster Anteilnahme durch Wort, Schrift und Blumenschmuck beim **Darbringen** unserer lieben Mutter **Lina Herrmann** geb. **Brelling** sowie für das freimüßige Tragen zur letzten Ruhe-stätte danken herzlich. **Gottwig, 21. Febr. 1924.** Die trauernden **Winterbliebenen.**

Strickgarne

für **Wiederverkäufer** äußerst preiswert! **Pohl** **Sophien- Leipzig** Telefon **straße 36** **11516.**

Damen- und Mädchenhüte

in **Stroh, Tzagal, Lige** usw. werden auf **neueste Formen** erstklassig umgearbeitet, gefärbt usw. nur bei **Pflug & Kaiser** **Wettinerstraße 21** — **Dintergebäude.** Große Auswahl in **Discret- u. Gummihüten, Blumen u. Federn.**

KOSTENLOSE REISE NACH AMERIKA

Wenn Sie Verwandte und Bekannte in Nord- oder Südamerika besuchen wollen, die die Überfahrt bezahlen können, dann teilen Sie uns deren genaue Adresse mit. Wir werden uns mit diesen ohne Kosten für Sie in Verbindung setzen und dahin streben, Ihnen die Überfahrt sowie das sonst erforderliche Reisegeid zu beschaffen. Fachmännischen Rat über alle einschlägigen Fragen erteilen wir Ihnen ebenfalls kostenfrei.

HAMBURG-AMERIKA-LINIE Hamburg, Alsterdamm 25 und deren Vertreter in: **RIESA: Paul Starke, Hauptstr. 22.**

Zeitungsboten gesucht!

zuverlässige Leute aus den Orten **Langenberg Mönchritz Moritz-Grödel Straßla** welche das Zeitungstragen in ihren Wohnorten als dauernde reelle Nebenbeschäftigung übernehmen können, bekommen nähere Auskunft in der **Tageblatt-Geschäftsstelle** in Riesa, **Goethestraße 59.**

Otto Zieger **Elfriede Zieger geb. Wolf** **Vermählt** **Riesa, Gasthof Gute Quelle, Bismarckstr. 65** **26. Februar 1924.**

Damen- und Mädchenhüte in **Stroh, Tzagal, Lige** usw. werden auf **neueste Formen** erstklassig umgearbeitet, gefärbt usw. nur bei **Pflug & Kaiser** **Wettinerstraße 21** — **Dintergebäude.** Große Auswahl in **Discret- u. Gummihüten, Blumen u. Federn.**

Dracht-Schubbrillen zum **Steineinschlagen** eingetroffen **G. J. Lochmann.**

Zigaretten von **1,6 Mks. an.** **Fabriklag. Wettinerstr. 26.** **Größten Vorkaufspreise**

Strickgarne für **Wiederverkäufer** äußerst preiswert! **Pohl** **Sophien- Leipzig** Telefon **straße 36** **11516.**

Dr. Köhler gestorben.

Der durch seine langjährige parlamentarische Tätigkeit bekannte Präsident des Reichslandbundes Reichstagsabgeordneter Dr. Köhler ist gestern vormittag plötzlich gestorben. Als er auf der Reise zur Reichslandbundtagung in Berlin den ehemaligen Kronprinzen in Oels einen Besuch abstattete, trat ihn vorgeraten ein Schlaganfall. Gestern vormittag erlitt Dr. Köhler einen zweiten Schlaganfall, der sofort den Tod zur Folge hatte. Dr. Köhler hat als langjähriger Vorsitzender des Bundes der Landwirte erreicht, daß seine Organisation mit den nach der Revolution in verschiedenen Teilen des Reiches entstandenen Landbänden zu der einheitlichen Organisation des Rheinlandsbundes verschmolzen wurde.

Der Name Dr. Köhlers ist aus der wirtschaftspolitisch und rein politisch sehr scharf umrissenen Bewegung nicht wegzudenken. Die über organisatorische Bindung am Ende des vergangenen Jahrhunderts im „Bund der Landwirte“, dem heutigen „Reichslandbund“ gefunden hat. Geboren wurde Gustav Köhler im Jahre 1858 in Berlin und war bis zum Jahre 1893 nach vollendetem juristischem Studium im Justizdienst tätig. Danach wurde er Landwirt auf einem Rittergut in der Mark Brandenburg und schloß sich dort im Jahre 1893 aufspringender agrarischer Bewegung an. Sehr bald gelangte er in führende Stellungen und wurde seit dem Jahre 1898 mit einer Unterbrechung in den Reichstag gewählt, in welchem er bis zur Gegenwart einer der hervorstechendsten Sachkenner in landwirtschaftlichen Dingen wurde. Politisch schloß er sich der deutschkonservativen Partei, später der deutschnationalen Volkspartei an. Sein persönliches Verdienst ist die Zusammenfassung des Bundes der Landwirte mit den nach dem Zusammenbruch des Reiches in vielen Gegenden Deutschlands entstandenen Landbänden. In sehr hohem Maße behielt er das Gefühl für die Notwendigkeit geschlossener Zusammenfassungen innerhalb einer Wirtschaftskategorie, allen zur Unterstützung der gemeinsamen Interessen der verschiedenen Schichten dieser Wirtschaftskategorie zum Trost. Seiner Tätigkeit ist es gelungen, diesen Gedanken der Einheit so durchzusetzen, in die Tat umzusetzen, daß heute der Reichslandbund tatsächlich die fast ausschließlich in Frage kommende Organisation der deutschen Landwirtschaft darstellt. Es ist eine tragische Verletzung der Umstände, daß dieser Mann gerade in einem Augenblick aus dem wirtschaftlichen und politischen Leben ausscheidet, der der deutschen Landwirtschaft ernste Gefahren bringt.

Die Wirkung der Rede Henderson.

London. Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, die vom Minister Henderson am Sonnabend in Burnley gehaltenen Rede, in der er die baldige und gründliche Revision des Versailler Vertrages forderte, habe beträchtliches Aufsehen in auswärtigen diplomatischen Kreisen und sogar Unruhe bei einzelnen Alliierten verursacht, obwohl Poincaré durch kürzlich von London nach Paris gelangene Mitteilungen gewarnt worden sei, daß eine Entwidlung dieser Art zu einem späteren Zeitpunkt leitend des neuen britischen Kabinetts erwartet werden könnte. Wenn es auch nicht ganz klar sei, ob Henderson durch seine Erklärungen das Tempo der Entwidlung beschleunigen wollte, so sei es andererseits kein Geheimnis, daß sowohl innerhalb des gegenwärtigen Ministeriums als auch innerhalb der Arbeiterpartei die Ansicht herrsche, die auswärtige Politik der neuen Regierung sei bisher durch allzu viel Ueberlegung und Schamhaftigkeit gekennzeichnet, wofür Lord Baldwin und das Foreign Office in der Hauptsache verantwortlich seien. Da andererseits die Revision des Versailler Vertrages seit langem ein Hauptpunkt des außenpolitischen Programms der Arbeiterpartei sei, so sei es möglich, daß Henderson, indem er erklärte, daß die bisherigen Verhandlungen des Premierministers in der auswärtigen Politik hauptsächlich auf die Schaffung einer für eine Revision der Versailler Bedingungen günstigen Atmosphäre hinarbeiteten, nur eine Tatsache festgehalten habe und nichts weiter.

London. Im Unterhaus fragte Lloyd George den Premierminister, ob der Minister des Innern Henderson am Sonnabend in Burnley mit der Erklärung, daß es die Absicht der Regierung sei, Schritte zu tun, um den Vertrag von Versailles in verschiedenen Kardinalbestimmungen abzuändern, die Politik der Regierung gekennzeichnet habe, welche Schritte diese in diesem Falle zu unternehmen beabsichtige und ob diese Absicht den anderen Unterzeichnern des Vertrages mitgeteilt worden sei. — Nachonah erwiderte, die Haltung und die Absichten der Regierung sind in der Erklärung zum Ausdruck gebracht worden, die ich dem Hause abgegeben habe. Eine Veränderung hat nicht stattgefunden. — Auf ergänzende Fragen des früheren Unterstaatssekretärs des Innern MacNeill antwortete der Premierminister, es seien keine Beschlüsse der Regierung gefaßt worden, außer in Uebereinstimmung mit den von ihm abgegebenen Erklärungen. Er habe Versicherungen des Ministers Henderson in der Presse gesehen, die keine Erklärung darstellten, die vom Rasenamt angenommen worden sei.

Die weitere Entwicklung der Pfalzfrage.

Von unterrichteter Seite wird unserem Berliner Vertreter über die Entwicklung der Pfalzfrage folgendes mitgeteilt: Durch die Bekanntgabe der Zurückweisung der deutschen Beschwerdeschrift über die Pfalzangelegenheit seitens der französischen Regierung ist Poincaré in eine mißliche Lage gekommen. Er hatte geglaubt, diesen Schritt auch vor der englischen Regierung geheim halten zu können und sieht sich nun einem gesteigerten Mißtrauen Englands gegen seine in der Pfalzpolitik gegenüber. Man rechnet in deutschen Regierungskreisen mit neuen englisch-französischen Auseinandersetzungen über diese Frage und mit einer baldigen Rundgebung des französischen Ministerpräsidenten, worin er versucht, sein Verhalten in dieser Angelegenheit zu rechtfertigen. Poincaré sieht nach Ansicht hiesiger maßgebender Kreise im Augenblick unter einem starken Druck der französischen Generale und der nationalistischen Kreise der Kammer, auf die Politik der Generäle Degoutte und de Metz nicht. Man hofft in Berlin durch die Bekanntgabe dieses Schrittes die Fäden zerschneiden zu können, die von der französischen Militärpolitik auf neue gesponnen werden sollten, um unter stillschweigender Billigung Poincarés auf neuen Wegen die Rückkehr der Pfalz zu friedlichen und geordneten Verhältnissen zu verhindern. Die nächsten Tage müssen die Entscheidung darüber bringen, ob Poincaré den Entschluß finden wird, im Sinne der Mehrheit der französischen Kammer und des überwiegenden Teiles der öffentlichen Meinung in Frankreich die bisherige Pfalzpolitik zu liquidieren, oder ob die nationale Rechte ihm bereits so sehr in ihre Wachstumsstadien verstrickt hat, daß er nicht mehr gegen sie regieren kann, selbst auf die Gefahr hin, seine Stellung weiter zu erschüttern. Man hofft in maßgebenden Kreisen, daß seine Rede davon sein könne, daß diese Wendung eine Verständigung in der Reparationsfrage irgendwie erleichtern könne, daß vielmehr dadurch erst die nötigen Voraussetzungen für eine Politik ohne Rache und Orientierung geschaffen

wären und daß nur so die englische Politik veranlaßt werden könnte, sich mit größerem Nachdruck des besetzten Gebietes anzunehmen.

Die Weisheitslehre in der Pfalz.

Landau. Trotz der Erklärung des Generals Tenonette, daß die Stellung von Weiseln zur Verhütung von Verhaftungsmöglichkeiten der Pfälzern gegen die Separatisten von dem französischen Militär und nicht von dem französischen Drohungsbefehlern und ihren Unteroffizieren veranlaßt worden sei, hat nunmehr der französische Reichsbefehlshaber von Landau vier angesehenen Führer von Weisheim, darunter den Ortsvorsteher, als Weiseln bezeichnet und die Gemeinde hat für Vermögensverluste der Separatisten zu haften.

In der Rede Briand.

Paris. Nach dem vorliegenden französischen Wortlaut der Rede, die Briand am Sonntag in Carcassonne gehalten hat und von der wir bereits gestern berichtet, lautet er ferner, infolge des Krieges sei Deutschland wie alle anderen kriegsführenden Staaten verarmt und könne die unabweisbare Summe, die es auf Grund des Versailler Vertrages schulde, nicht bezahlen; es wäre aufzufassen, ihm den notwendigen Zahlungsaufschub zu gewähren, daß es sein finanzielles Gleichgewicht hätte wieder finden können; man hätte ihm durch internationale Anleihen helfen sollen, die es gleichzeitig Frankreich gestattet hätten, einen Teil seiner Schulden abzutragen. Um nun einen Garantie-, Pfänder- und internationalen Anleihenplan zu ermöglichen, möchte Frankreich die Konfiskation der von Deutschland verlangten Zahlungssumme übernehmen. Es wäre wunderbar, wenn diese lokalen Vermögensverluste nicht ein befriedigendes Resultat zeigten, durch das Deutschland gezwungen würde, auf jeden Hintergedanken einer Revanche zu verzichten. Er behöre jedenfalls nicht zu denen, die behaupteten, Deutschland müsse schikaniert werden, Deutschland habe kein Gutes und kein Schickliches.

Am Schluß seiner Rede gab Briand folgende Wahlparole aus: „Es genügt nicht zu sagen, der Nationale Block müsse verschwinden, sondern der Nationale Block muß auch tatsächlich verschwinden!“

Der Verzicht der Frau von Oheim.

Von führender parlamentarischer Seite erklärt unser Berliner Vertreter: Der Verzicht der Frau von Oheim auf eine künftige Reichstagskandidatur hat bei der wirtschaflichen Wählererschaft, besonders in der Provinz, lebhaftes Erstaunen und Befremdung hervorgerufen. Von eingeweihter volksparteilicher Seite wird darauf hingewiesen, daß dies auch der Zweck dieses Schrittes gewesen sei. Frau von Oheim wollte die Allgemeinheit auf die Tatsache hinlenken, daß mit der Reichstagsfraktion bei ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung eine einheitliche und geschlossene Politik nicht zu treiben sei, weil die auseinander strebenden Richtungen der beiden Flügel sich gegenseitig lähmten und die Partei zum Zusammenbruch der verschiedenen Interessen macht. Dr. Stresemann müsse schon jetzt seine Außenpolitik nur noch fortwährend langwierigen Kämpfen in den Fraktionskämpfen durchziehen und diese Schwierigkeiten würden sich in dem künftigen Reichstag noch verstärken, da bisher die schmerzliche Gruppe die Auslieferung einer noch größeren Zahl von Kandidaten durchgeführt habe als bisher. Beim rechten Flügel der Deutschen Volkspartei wird der Schritt der Frau von Oheim sehr bedauert und man gibt dort der Erwartung Ausdruck, daß bei dem allgemeinen Auge nach rechts viele Schwierigkeiten im künftigen Wahlkampf vermieden würden und daß auch Dr. Stresemann durch diese Niederlage des linken Flügels genötigt sein würde, den Anschauungen des rechten Flügels in seiner Politik mehr als bisher Rechnung zu tragen.

Handelskrieg und sein Ende.

Wie sind gewöhnt, daß sich in den Reden des französischen Ministerpräsidenten die Behauptung immer wiederholt, daß Frankreich ausschließlich den Frieden zwischen den Völkern anstrebe. Das ist auf politischem Gebiet das Gegenteil der Wahrheit, die breite Öffentlichkeit tagtäglich. Auch auf wirtschaftlichem und handelspolitischem Gebiet tut die französische Regierung alles, um dem niedergedrückten Mitteleuropa die Wiedergeburt zu erschweren. Es ist bekannt, daß Frankreich in Serbien und seinen Kolonien Ochs auszuüben beabsichtigt und dort, wo sie bis jetzt noch nicht eingeführt worden sind, für solche eintritt, auch bei Verhandlungen mit anderen Staaten diesen Jollen in erster Linie eine Richtung gegen Deutschland zu geben sucht. Das gleiche ist auch bei den von ihm abhängigen Staaten zu beobachten. So hat der neugebildete Serbische Großbanan-Staat mitgeteilt, daß eine Zollherabsetzung eintreten wird, die den Zollfuß von 11 auf 15 Prozent herabsenkt. Dieser Zollfuß gilt für alle Waren aus Ländern, die dem Völkerbunde angehören. Dagegen müssen alle anderen Waren 40 Prozent Einfuhrzoll mit Ausnahme der Waren der Vereinigten Staaten und Argentinien bezahlen. Auch dieser Zoll richtet sich in erster Linie gegen Deutschland und die Türkei.

Bei dem Verband Sächsischer Industrieller gehen von den dort vertretenen Firmen lebhaft Klagen über diese neue unerhörte Belastung ein. So verdrängt ein Kriegszoll für Deutschland erneut zukunftsreiche Exportgebiete, und zwar gerade in dem Augenblick, in dem die französische Industrie, gestützt durch den Frankentum, den deutschen Markt auch in anderen Ländern in jeder Weise zu schließen sucht, in einem Augenblick, in dem Deutschland noch immer politisch ohnmächtig, sich dem Einkommen französischer Waren wehrlos gegenüber sieht.

Die bayerischen Dokumente gegen Versailles.

München. Am Sonntag fand in München der Landesparteitag der bayerischen demokratischen Partei statt, auf dem der Vorlesung der Reichspartei, Abgeordneter Ertelen, über die Abwehr- und Abwehrtrage und über die Reichspolitik überhaupt referierte, während der Reichswirtschaftsminister Gamm über die Politik der Reichsregierung sprach. In der Innenpolitik sei die Haupttrage der Reichsregierung wie der Regierungenparteien die Verbindung einer neuen Institution. Nach einer umfangreichen Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, welche die Schaffung eines deutschen Blockes in Bayern als eine nationale Notwendigkeit erklärt.

Der bayerische Ministerpräsident tritt nicht zurück.

München. Zu den in bayerischen und außerbayerischen Blättern verbreiteten Gerüchten, daß die zur Vermeidung des Reichswehrkonfliktes zwischen Bayern und dem Reich getroffenen Vereinbarungen in der Fraktion der Bayerischen Volkspartei beratliche Unzufriedenheit hervorgerufen hätten, daß dadurch die Stellung des Ministerpräsidenten v. Arnim ernstlich gefährdet sei, demerit die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren. Die Frage, ob Ministerpräsident v. Arnim auch der Vertrauensmann des neuen Landtages sein werde, sei wahr. Da heute niemand neue, wie dieser neue

Landtag aussuchen werde. Auch die Bayerische Staatsregierung erklärt die Gerüchte von dem bevorstehenden Rücktritt des bayerischen Ministerpräsidenten für gänzlich erfunden.

Freiwilligkeitsleistung vom Ausland.

Berlin. Das Ergebnis der Sammlungen für Deutschland in Venezuela beläuft sich nach den bis her vorliegenden Nachrichten auf etwa 30800 Goldmark.

Der steiermärkische Landtag hat mit Rücksicht auf die fürchtbare Notlage fast aller Bevölkerungsteile in Deutschland die Regierung ermächtigt, aus Landesmitteln zur Linderung dieser Not den Betrag von 250 Millionen Kronen als Teufelshilfe an die in Betracht kommenden Stellen zu überweisen. — Außer dieser amtlichen Sendung beteiligt sich die ganze steiermärkische Bevölkerung in anerkannter Weise an der Hilfsaktion für die notleidende deutsche Bevölkerung. Insbesondere wird für die Unterbringung deutscher Kinder in Steiermark eine große Tätigkeit entfaltet. An diesem Hilfswerk haben sich vornehmlich der Verein „Südmart“, ferner der Alpenländische Kriegsteilnehmerverband, der Deutsche Frauenbund und die katholische Frauenorganisation in Graz außerordentliche Verdienste erworben.

Die Völkerverbundfrage.

Die englische Diplomatie ist gegenwärtig eifrig bemüht, auf die russische Sowjet-Regierung einzuwirken, um den Eintritt Rußlands in den Völkerverbund zu veranlassen. Man glaubt englischerseits, durch den Eintritt Rußlands in den Völkerverbund einen starken Druck auf Deutschland ausüben, damit das Deutsche Reich sich dem Eintritt in den Völkerverbund nicht entziehen könne. Daraus erlahnen wir aus Kreisen der Berliner kommunistischen Partei, daß auch die Sowjetregierung zurzeit starke Bedenken gegen einen Eintritt in den Völkerverbund hegt. In der gegenwärtigen Form und besonders mit Rücksicht auf die Bedingungen, die beim Eintritt Rußlands in den Völkerverbund gestellt werden, glaubt die russische Regierung, England gegenüber vorläufig keinerlei Zusagen über sein Eintrittsgesuch an den Völkerverbund machen zu können.

Ein Aufwertungsmaßnahme auch in Oesterreich.

Das erste Aufwertungsmaßnahme hat in Oesterreich das Wiener Landgericht gefaßt, welches in der Verhandlung des Wiener Reichsgerichtes gefaßt ist. In dieser wird ausgeführt, daß es der Aufwertung des realistischen Wertes entspricht, daß der Verkäufer den Gegenwert erhalte, den beide Parteien bei Abschluß des Vertrages im Auge hatten. Das Gericht schloß in jedem Falle den guten Glauben. Die Hypothekenschuldner mußten wissen, daß die Stundung der Kaufpreises lediglich in ihrem Interesse erfolgt ist und daß keine hypothekensichernde Sicherstellung mit dazugehörigen Kosten verbunden ist, daß man sie auch nicht unternehmen hätte, wenn man auch nur im entferntesten an die Möglichkeit gedacht hätte, nicht einmal den zehntausendsten Teil des gelieherten Betrags zurückzubekommen. Das Wiener Landgericht vertritt den Standpunkt, daß in der Aufwertungsfrage gelegentliche Maßnahmen nicht notwendig sind, weil auch die Gerichte in ihren Urteilen den Willen der Parteien achten und auf die Hebung des realistischen Wertes Rücksicht nehmen müssen. Daraus würden folgen, daß die Pflicht, als ob die dritte Steuerordnung verfassungsmäßig sei, weil sie in das Eigentum eingreift, unzulässig ist — ein Standpunkt, den übrigens auch die Mehrheit des Deutschen Reichstages einnehmen dürfte.

Revolution in Bulgarien?

Zu den etwas unbestimmt gehaltenen Meinungen über eine Revolution in Bulgarien liegt zurzeit in Berlin mehr an den amtlichen deutschen Stellen noch bei der bulgarischen Gesandtschaft eine Vertätigung vor. Immerhin klingt die Nachricht nicht unwahrscheinlich, denn die politische Situation in Sofia war in der letzten Zeit sehr gespannt. Im Sommer vorigen Jahres wurde der kommunistische Aufstand mit großer Mühe niedergeschlagen, aber die Führer entkamen damals und kehrten seitdem größtenteils in Bulgarien zum Teil aber auch in Deutschland, Oesterreich und Serbien. Diese Führer haben nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie an ihrem Ziel der Errichtung einer bulgarischen Sowjetrepublik weiterarbeiten wollten. Es wird angenommen, daß auch außenpolitische Einflüsse bei einer bulgarischen Revolution mitwirken könnten. Die Bulgaren sind überzeugt, daß auch die vorjährige Revolution von Serbien gefördert worden sei, zumal man bei den bulgarischen Revolutionären verbliche Waffen gefunden hat. Das italienisch-jugoslawische Bündnis bestärkt in Bulgarien die Befürchtung, daß die Jugoslawen Bulgarien überfallen könnten und daß ihnen dazu eine Revolution den erwünschten Vorwand bieten würde.

Die kommunistische Organisation in Japan.

Tokio. Die Regierung hat Dokumente beschlagnahmt, wonach in Japan eine weitverzweigte kommunistische Organisation besteht. Die hervorragendsten Mitglieder derselben sollen Professoren an der Hochschule in Tokio sein.

Regelung der Arbeitszeit in der sächsischen Elektrizitätsindustrie.

Dresden. Durch einen Schiedsspruch, der unter dem Vorsitz des Schlichters Brand gestern abend gefaßt wurde, ist folgendes endgültig festgelegt worden: Zur Hebung der Notlage der deutschen Wirtschaft wird in der Elektrizitätsindustrie, auch in den staatlichen, die Arbeitszeit abweichend von der 48-Stundenwoche wie folgt geregelt: Für die Tagelöhner beträgt die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ohne Warten 53 Stunden statt bisher 48 mit der Maßgabe, daß täglich 9 1/2 Stunden nicht überschritten werden dürfen. Für die im dienstplanmäßigen Schichtwechselbetriebe Arbeitenden beträgt die regelmäßige Arbeitszeit ohne Warten innerhalb drei Wochen 108 Stunden, also pro Woche 56 Stunden statt bisher 48. Für die Vereinfachungsstellen leistenden Arbeiter, wie z. B. in Umspannungsstationen etc., beträgt die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ausschließlich der Warten 60 Stunden. Die Stundeneinteilung für die verschiedenen Arbeitstage, sowie Beginn und Ende der Arbeitszeit und der einzuführenden Warten regelt die Arbeitsordnung oder eine anderweitige Betriebsvereinbarung. Kommt eine Betriebsvereinbarung über die Arbeitszeit und die Warten nicht zustande, so entscheidet hierüber die im Tarifvertrag vorgesehene Schlichtungsstelle. Vorstehende Arbeitszeitregelung tritt mit dem 9. März 1924 in Kraft. Sie kann erstmalig am 1. Juli 1924 für den 31. Juli 1924 gekündigt werden. Wird an diesem Tage nicht gekündigt, so läuft sie mit gleicher Kündigungssfrist von Monat zu Monat weiter. Für Ueberstunden über die festgesetzte Arbeitszeit hinaus sowie für Sonntagsarbeiten und für den Schichtwechselbetrieb gelten die im jeweiligen Tarifvertrag vorgesehene Zuschläge.

Politische Tagesübersicht.

Krisis auf den Hamburger Werften. Die vom deutschen Metallarbeiterverband angordnete Urabstimmung der organisierten Werftarbeiter in Groß-Hamburg über den Schiedspruch des Schlichters hat die fast einstimmige Ablehnung des Schiedspruches ergeben. Etwa 92 Prozent aller abgegebenen Stimmen haben sich für die Ablehnung ausgesprochen.

Der Internationale Bergarbeiteraus-schuss, der in Brüssel eine Konferenz abhält, hat eine Entschließung angenommen, die erklärt, daß die Verlängerung der Arbeitszeit in keinem Lande das richtige Mittel ist, das durch den Krieg gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen. Der Ausschuss fordert die Bergarbeiterverbände aller Länder auf, sich mit allen zweckentsprechenden Mitteln der Verlängerung der gegenwärtigen Arbeitszeit in den Bergwerken zu widersetzen. — In einer zweiten Entschließung werden die Gewerkschaftszentren aller Länder aufgefordert, bei ihren Regierungen wegen der sofortigen Ratifikation der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag vorstellig zu werden.

Im Berliner Mühlentreib sind auf Anordnung des Reichswehrkommandos weitere fünf Betriebsratsmitglieder festgenommen worden, so daß sich jetzt insgesamt 16 Funktionäre der Streikenden in Schubhaft befinden.

Ein neuer Beitrag zur französischen Schmachjustiz. Nach einer Meldung des „Volks-Anzeigers“ aus Offen verurteilte das französische Kriegsgericht die beiden Direktoren König und Schmitz der Gewerkschaft Langenbrunn zu je 100.000 Goldmark Geldstrafe, weil sie während des passiven Widerstandes der Gewerkschaft dem Ersuchen der Franzosen auf Herausgabe der Grundbücher nicht nachgekommen waren.

Der neue englische Botschafter in Madrid. Der neue britische Botschafter Sir Numbold hat dem König Alfons vorgestern sein Beurlaubungsschreiben in feierlicher Audienz überreicht. König Alfons und der neue Botschafter verweilten in kurzen Auftritten auf die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Großbritannien und Spanien.

Schließung einer französischen Schule durch die Türken. Nach einer Meldung aus Konstantinopel haben die türkischen Behörden die französische Schule in Adrianopel geschlossen.

Verbot des „Deutschen Herold“. Der „Deutsche Herold“, eine politische Organisation, die am Sonntag und Montag große Kundgebungen veranstalten wollte, ist durch den Oberbefehlshaber verboten worden.

Gegen die Aufhebung des Achtstundentages. Der Landesverbandstag der Deutschen Arbeiterpartei in Groß-Berlin nahm eine Entschließung an, in der gegen die Aufhebung des Achtstundentages protestiert wird. Der Parteivorsitzende Richard Junge erklärte, an eine Befreiung von äußerer Anarchie sei erst zu denken, wenn durch eine großzügige Sozialpolitik und gerechte Wirtschaftspolitik die Mehrheit des Volkes zu wachem Nationalismus erregt sei.

Die christlich-soziale Volksgemeinschaft hat, wie ihr Führer, der ehemalige sächsische Heimwehrführer Heßlein, gestern in einer republikanischen Versammlung mitteilte, mit der neu gegründeten republikanischen Partei Deutschlands eine Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen.

Deutsch-englisches Exportabkommen. Das Abkommen über die 25-prozentige Exportabgabe auf Grund der Heroborn-Act, über das in der vorigen Woche zwischen deutschen Vertretern und Vertretern der englischen Regierung verhandelt wurde, ist jetzt zum Abschluß gekommen und unterzeichnet worden. Die Abgabe wird auf fünf Prozent herabgesetzt.

Zur beruflichen Verwaltungsreform hat der Gesamtvorstand des Verbandes der Preussischen Land-

kreise eine Reihe von Forderungen aufgestellt, in denen u. a. der Fortfall des jetzigen Oberpräsidiums als Bedingung und Anfang verlangt wird. Als staatliche provinzielle Mittelinstanz seien die Regierungspräsidenten unentbehrlich. Im nächsten wird eine weitgehende Dezentralisation und Erklarung der Selbstverwaltung beginnen.

Das deutsche Privatrentum in England.

London. In hiesigen Finanzkreisen verläutet, daß der Premierminister, das Schatzamt und das Handelsministerium darüber verhandelt haben, das beschlagene deutsche Privatrentum in England auch in den Fällen, in denen der Wert des Guthabens des einzelnen Deutschen 400 Pfund Sterling übersteigt, an die Vorkriegsbefugnisse zurückzugeben. Diese Verhandlungen sollen einen Verlauf genommen haben, daß eine baldige Entscheidung über die erweiterte Rückgabe in Aussicht steht. An amtlicher Stelle war eine Neuerung zu dieser Angelegenheit bisher noch nicht zu erlangen.

Die englischen Schauerleute kreifen weiter.

London. Während die Dockarbeiter, die Mitglieder der Transportarbeitervereinigung sind, mit überwältigender Mehrheit die Regelung des Lohnstreiks, wie sie am Donnerstag erreicht worden war, angenommen haben, hat die Vereinigung der Schauerleute, der etwa 25.000 Mann angehören, beschlossen, den Streik fortzusetzen.

Weiter zufolge wird die Arbeit in den Häfen heute im allgemeinen noch nicht wieder aufgenommen werden, da die formelle Entscheidung der Dockarbeitervereine, die im Laufe des Tages zusammentreten werden, noch aussteht.

Gerichtssaal.

— a. Landgericht. In geheimer Sitzung verhandelte die fünfte Strafkammer gegen den 1900 zu Rath geborenen Arbeiter Paul Otto Freier wegen Meineids und gegen den 26 Jahre alten Handlungsgehilfen Kurt Friedrich Stephan aus Liebenwerda wegen Anstiftung zum Jugendmeiße. Letzterer ist der Sohn des Liebenwerdaer Schützenhauswirts, er war von einem Mädchen wegen Fälschung von Unterschriften für deren Kind in Anspruch genommen, hatte aber die Wahrheit bestritten. In die'r Situation sprang ihm Freier bei, dessen Eltern gleichfalls in Liebenwerda wohnhaft sind, und beschwor gelegentlich einer Treddner kommunikativen Vernehmung, er habe auch mit der fraglichen Kindesmutter Verkehr unterhalten, die er angeblich gar nicht einmal gesehen! Als Freier erneut seine Angaben vor dem Gericht in Liebenwerda beschworen, dort auch der Kindesmutter gegenüber geäußert werden sollte, da flüchte er um und gestand die Wahrheit ein. Das Gericht verurteilte Stephan wegen Anstiftung zum Jugendmeiße zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus, die bisher erlittene Untersuchungshaft kommt nicht in Anrechnung. Freier erhielt wegen Meineids ein Jahr zehn Monate Zuchthaus.

Sagen Sie es Ihrem Nachbar,

daß er eine durch die feinerzeitige Tenuerung veranlaßte Aufgabe des Bezuges auf sein beliebtes Feinblatt, das ihn über alle Vorkommnisse schneidend und auf unterrichtet und für die Freundschaften angenehme Unterhaltung bietet, wieder erneuern fern, da auch das „Neuer Tagblatt“ den Bezugspreis herabgesetzt hat. — Neubestellungen werden angenommen von den Zeitungsstellen und zur Vermittlung an die in der Tages-Nachrichtliche in Klein, Goethestraße 55, sowie bei den Postämtern.

ble aber nach § 154 des R. St. G. auf ein Monate Straf gemindert, und da auf Zuchthaus unter einem Jahre nicht zu erkennen ist, in ein Jahr zwei Monate Gefängnis umgewandelt wurden. Beide Anklagen gehen auch je drei Jahre der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig. In der Begründung des Urteiles kam zum Ausdruck, daß die Verurteilten sich leichtfertig mit der Ehre der Kindesmutter umgesprungen sind.

Marktberichte.

Landwirtschaftliche Warenmärkte zu Großrahm. Es wurden notiert (mehrmals) am Sonnabend, den 28. Februar 1924: Weizen 8,30—8,50; Roggen 7,25; Hafer 5,00—5,70; Sommergerste 8,50; Mais 11,00; Aale 4,00—4,30; u. B.-Stroh 0,80 bis 1,00; Haferstroh 0,80; Heu 2,50; Kartoffeln 2,50; Weizenmehl 70/75, 15,00; Roggenmehl 70/75, 18,00. Die Preise verstehen sich für den Zentner in Mengen unter 5000 Kilogramm.

Treddener Schlachtviehmarkt vom 25. Februar. Auftrieb: 1. Rinder: 118 Ochsen, 111 Kühe, 171 Kalben und Lämmer; 2. 290 Ferkel; 3. 259 Schafe; 4. 1422 Schweine. Zusammen 2469 Tiere, davon 15 Rinder, 103 Schweine ausländischer Herkunft. Preise in Goldmark für 50 Kilogramm Lebend- und (im Durchschnitte) Schlachtgewicht: Ochsen: 1. vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 43 bis 44 (80), 2. jungfleischige, nicht ausgewachsene, ältere ausgewachsene 38 bis 40 (75), 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 30 bis 38 (70), 4. gering genährte jeden Alters 22 bis 28 (68). Kühe: 1. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 41 bis 43 (73), 2. vollfleischige jüngere 36 bis 40 (69), 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 28 bis 34 (60). Kalben und Lämmer: 1. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 41 bis 45 (80), 2. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 36 bis 40 (78), 3. ältere ausgewachsene Rube und gut entwickelte jüngere Rube und Kalben 28 bis 34 (60), 4. gut genährte Rube und mäßig genährte Kalben 22 bis 28 (60), 5. mäßig und gering genährte Rube und gering genährte Kalben 16 bis 20 (53), 6. dänische 43 bis 54 (88). Ferkel: 1. Doppellender —, 2. beste Mast- und Sauglinder 72 bis 74 (118), 3. mittlerer Mast- und gute Sauglinder 68 bis 70 (114), 4. geringe Ferkel 43 bis 55 (96). Schafe: 1. Mastlamm und jüngere Masthammel 56 bis 60 (116), 2. ältere Masthammel 50 bis 54 (116), 3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Werschafe) 30 bis 48 (100). Schweine: 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahre 69 bis 71 (90), 2. Fettfleisch einisch dänische 73 bis 76 (93), 3. Fleisch einisch dänische 62 bis 64 (86), 4. gering entwickelte einisch dänische 50 bis 58 (77), 5. Sauen und Ober 50 bis 60 (74). Ausnahmepreise über Notiz. Die Preise sind Marktpreise. Die Stallpreise hängen sich nach den Richtlinien der Landespreisprüfungsstelle für Rinder 20, für Ferkel und Schafe 18 und für Schweine 16%, niedriger als die hier aufgeführten Marktpreise. Ueberhand: 19 Ochsen, 3 Rube, 69 Schweine. Tendenz des Marktes: Geschäftsgang in Rindern und Schweinen langsam, in Kalbren und Schafen mittel.

Wöchentlich festgesetzte Preise an der Produktionsstätte zu Berlin am 25. Februar. Weizen und Weizenklein pro 100 kg, (sonst pro 100 kg). (In Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.) Weizen märkischer 164—170, mecklenburgischer 160—165. Roggen märkischer 134—138, pommerischer 130—134, westpreussischer 130 bis 132. Gerste, Braugerste 162—178, Futtergerste 142—158. Hafer, märkischer 110—115, pommerischer 107—112, westpreussischer 108—107. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sad (feinste Marken aber Notiz) 25,50—27,25. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sad 21,75—23,75. Weizenklein frei Berlin 8,50. Roggenklein frei Berlin 7. Waps 290—295. Feinstmehl 415—435. Viktorien-Weizen 27—28. Kleine Weizen Weizen 17—19. Futterweizen 13—14. Weizenklein 12—13. Ackerbohnen 13,50—14,50. Wicken 13—14. Lupinen, blau 11 bis 14,50, gelbe 15—16,50. Erbsen 13—14. Nussweizen 10,60—10,80. Weizenklein 21—22. Trossenmehl 8. Vollwertig Sauermais 16—22. Zorimetasse 30/70 8. Kartoffelkollern 16,40—16,90.

Heutiger Dollarkurs (amtl.): 4210 500 000 000 (unverändert)

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Kunze.

3. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Und nun wachte sich der brave Mann leicht die Augen, als ob ihm etwas hineingeflogen wäre.

Auch Max mußte sich die Augen wischen, aber aus einem anderen Grunde. Der Schmerz, der durch dieses Gedicht geflossen hatte, war nicht nur ein Abschiedsschmerz von den lieb gewordenen Räumen des alten Gymnasiums, es war auch ein Abschiedsschmerz von der Geliebten, von allem, was ihm das Leben schön, sonnig und des Lebens würdig hatte erscheinen lassen. Überall, überall in diesem kleinen Kattenhausen tauchte das Gespenst der Jugend auf. Warum war er nur hierhergekommen?

„So helte ich Sie denn willkommen in der alten Heimat, in dem alten Hause und bei Ihren alten Lehrern, denn Sie finden immer noch einige und vor allen Dingen den lieben guten Poirier, der Sie die ersten Schritte in der Geschichte und dem Französischen machen lehrte.“

„Er lebt also noch, der alte Duidüberleger?“

Der Direktor lächelte.

„Ja, der alte Duidüberleger lebt noch, nur daß immer noch kein Verleger seine schönen deutschen Hexameter drucken will, und daß er jetzt auch die Benutzung verloren hat, seinen Textianern die eigene rhythmische Uebersetzung vorzutragen. Er hat sich ganz seinem geliebten Schach übergeben und seiner mächtigen Schnupftabatsdose. Und wenn der Sommer kommt, dann treibt es ihn hinaus auf die Felder, um römische Kastelle auszugraben und die Sammlung des Geschichtsvereins zu bereichern. Aber Sie finden außer ihm noch einige Herren in Tätigkeit, die damals in den, von Ihnen nicht mehr beachteten unteren Klassen wirkten. Also, mein lieber Kollege, Ordinariat in Quinta und, damit Sie nicht gar zu ärgerlich sind, Deutsch in Prima und den beiden Sekunden. Mit dem Herbst entlaste ich Sie dann in der Quinta — selbstverständlich nehmen Sie dort noch neben dem Lateinischen Deutsch und Geschichte, damit Sie das kleine Volk ganz in der Hand haben — und vom Herbst ab, wo unser alter Pfarrer in Pension geht, übertrage ich Ihnen noch die Religion in den oberen Klassen. Begeht Ihnen das Programm?“

„Ich bin Ihnen aufs Herzlichste dankbar, Herr Direktor, was ist ja mehr, als ich erwartete, ja als ich zu hoffen gewagt hatte.“

„Unsere Schule ist klein, die beiden Brimen kombinieren. Sie wissen ja, da ist die häusliche Tätigkeit nicht so gefährlich. Sie werden im ganzen vielleicht fünfzig bis sechzig Aufsätze zu corrigieren haben. Und nun wollen wir das Amtliche beiseite lassen und nach den „drei Hasen“ zum Frühstück gehen. Sie sind natürlich heute zu Tisch mein Gast. Meine liebe Frau freut sich schon sehr... ich darf nicht verraten, wer es ist, damit Sie Ihre Uebersetzung haben.“

Der Direktor stand auf, zog sich den leichten Paletot an, kitzelte dem Bedienten, der sogleich mit der Rüge in der Hand in der offenen Tür erschien und die Meldung erhielt: „Was noch etwa kommt. Gerhard, schicken Sie mir nachmittags in meine Wohnung.“

„Schön, Herr Direktor, aber Anmeldungen doch nicht?“

„Nein, Anmeldungen nicht.“ Die beiden Herren verließen das Haus und schlenderten langsam hart an der Kaserne vorüber, immer weiter, bis sie schließlich in der Vorstadt von Kattenhausen kamen, wo die kleine Honoratiorenkneipe „zu den drei Hasen“ lag.

Ein recht heftiges Haus mit übergebauter erster Etage, einer kleinen, schmalen Eingangstür, die von zwei Straßenecken auf den holprigen mit Steinpflaster belegten Hof flur mündete. Auf der einen Seite die Bauernkuche, auf der andern das Honoratiorenküchlein. Die Decke hing niedrig herab, und die kleinen Fenster gestatteten dem Licht so wenig Eintritt, daß im Hintergrunde stets eine Gasflamme brennen mußte. Die Dielen waren ausgeartet, aber blütenrein gefeuert und mit weißem Sand bestreut. Große Tische ließen nur einen ganz schmalen Gang durch das Stübchen frei und waren jetzt fast alle besetzt. Handgewebte Speisertische brachten mit ihren bunten Farben etwas Lebendiges in die Monotonie der altertümlichen Gaststube.

Der Direktor wurde vom Wirte lebhaft begrüßt, und vor dem fremden Herrn, der ihm als „unser neuer Oberlehrer“ bezeichnet wurde, machte er eine tiefe Verbeugung; dann aber plötzlich erwachte das Verständnis in ihm, und in zweifelndem Ton fragte er:

„Das ist doch der Max vom Wolfgang... natürlich, es hat ja auch in der Zeitung gestanden,“ und damit schüttelte er ihm herzlich die Hand.

„Sie kennen mich doch noch, Herr Doktor? Sind Sie doch manchmal mit Ihrem Herrn Vater hier hereingelommen, wissen Sie noch, Sie aßen immer so gerne die braungebackenen Brötchen mit Kümmel und Salz.“

„Er gewiß erinnere ich mich noch, Herr Reusch, trotzdem das schon sehr lange her ist.“

„Ja, an die zwanzig Jahren mögen das sein. Und dann kamen Sie öfter mit dem Herrn Forstmeister, oder auch mit Fräulein Woll, um den Herrn Forstmeister abzuholen, nicht wahr?“

„Ja, ja, es ist richtig.“

„Nun,“ fuhr der Wirt redselig fort, „der selbige Herr Oberförster kommt sicher heute auch noch, und Fräulein Woll, die ja jetzt Frau Oberförster ist, können Sie dann vorüberfahrscheinern sehen, sie sind heute früh in die Stadt herein. Sie werden sich gewiß freuen, den alten Freund und Hausgenossen wiederzusehen. Ja, wie sich die Zeiten ändern.“

Damit waren die beiden Herren an den runden Tisch getreten und hatten allen die Hände geschüttelt. Fremde Gesichter und bekannte Gesichter sah Max jetzt vor sich, Bürger und Offiziere der Garnison. Ein dürrer Hauptmann stand auf und schlug die Haden zusammen. Max erkannte ihn sogleich, es war der lange Herbed, der vom Gymnasium abgegangen war, als er in die Obertertia eintrat. Sie sagten trotz des Altersunterschiedes du zueinander. Dann der Rechtsanwalt Broilius, Altersgenosse und Jugendfreund von Max, der ihn sogleich in Beschlag nahm, ihm die Hand auf die Schulter legte und ihn neben sich auf den Stuhl zog.

„Das ist nett von dir, alter Kerl, daß du zu uns zurückgekommen bist, hier ist es doch immer noch am

schönsten. Warte nur erst, wenn es wärmer geworden ist, dann finden wir uns draußen bei König in der Badeanstalt am Rain alle wieder zusammen. Was ein bißchen was ist, geht dort hinaus um zwölf Uhr.“

Es waren auch noch einige ältere Herren da, die den neuen Oberlehrer natürlich alle kannten, aber seinen Vater gefannt hatten, mit dem sie manchmal auf die Rehböckpische gegangen waren. Alle kamen dem wiedererlebten Landsmann mit großer Herzlichkeit entgegen, alle freuten sich, daß wieder ein Kattenhauser eine gute Karriere gemacht, und das Anstehen und Zutrinken wollte sein Ende nehmen. Da plötzlich wurde die Tür der Gaststube weit aufgerissen und ein hochgewachsener Mann in grüner Uniform trat ein, die Rüge auf das rechte Ohr gezogen, den dunklen Schnurrbart scharf aufgebogen und mit der nervigen Haut den schweren Hakenstock mit der eisernen Spitze auf den morschen Fußboden stehend.

„Morgen, Oberförster, morgen, Oberförster,“ rief es von allen Seiten.

Der Oberförster trat an den Tisch und schüttelte allen die Hände in seiner kräftigen Art. Als er an Max kam, sah er ihm einen Augenblick in die Augen und schrie dann auf, daß die kleine Gaststube dröhnte:

„Na, da bist du ja, wir haben schon jeden Tag von dir gesprochen zu Haus, meine Alte und ich, seitdem es im Amtsblatt gestanden hat. Herrgott, Mensch, wie du dich herausgemustert hast. Was wartest du ein jartes schmales Büchlein, als wir noch auf den stillen Ringwiesen Kapins geschossen haben.“ Dann klopfte er dem Direktor schwer auf die Schulter und fuhr fort: „Ordentlich hübsch geworden ist er, nicht wahr, Direktor?“

„Ja, alter Cicero, aber dabei brauchen Sie mir nicht die Schulter lahmzuschlagen.“

Der lachte und antwortete: „Natürlich Cicero, des Ritter spricht ja überhaupt nur — Jägerlatein.“

„Nun hören Sie aber auf, Sie lebenbige lateinische Grammatik, sagen Sie mir das nicht noch mal.“ Dann wandte er sich wieder zu Max, schüttelte ihm noch einmal die Hand, als ob er ihm den Arm aus dem Gelenk reißen wollte, und ließ sich neben ihm in den Stuhl fallen.

„Nun red' auch einen Ton und starr mich nicht so an, oder bist du stolz und übermütig geworden in den zwölf Jahren, die wir uns nicht gesehen haben?“

Max erinnerte sich nicht genau mehr, ob er sich mit dem damaligen schlanken und hübschen Forstassessor gebuzt hatte, aber es war wohl möglich, denn der Altersunterschied ist nicht allein maßgebend für solche Vertraulichkeiten in der Jugend. Vielleicht hatten sie, wenn sie in später Nacht oder am frühen Morgen mit der Rüge über der Schulter im stillen Wald gestreift waren, aus der Feldkassche Brüderchaft getrunken. Max konnte sich nicht mehr entsinnen, wie es gewesen war. Aber es hieß den Mann, den er in seinen Gedanken als seinen schlimmsten Gegner zu betrachten gewohnt war, auf's Tischlein verlegen, wollte er sein herzliches Entgegenkommen nicht ebenso herzlich erwidern. Schließlich wählte der Oberförster ja auch wahrscheinlich gar nicht, daß er so furchtbar in das Leben Maxens eingegriffen hatte und eine Ablehnung des kameradschaftlichen Du hätte eine unnütze Bestimmung hervorgerufen.